Zukunft, Arbeit und Familie:

Gemeinsam Brandenburg voranbringen.

www.spd-brandenburg.de

Brandenburg SPD

Inhaltsverzeichnis

Das Wahlprogramm der SPD Brandenburg zur Brandenburgwahl am 19. September 2004 wurde von der Landesvertreterversammlung am 9. Mai 2004 einstimmig beschlossen.

	Brandenburg geht seinen Weg.	3
1.	Innovation und Arbeit.	13
2.	Gute Bildung muss Schule machen.	35
3.	Politik für Familien.	41
4.	Stadt, Land, Fluss: Kommunen stärken.	51
5.	Sicherheit und Vertrauen stärken. Verwaltung vereinfachen.	61
	Unser Brandenburg 2020.	71

Liebe Brandenburgerinnen,
liebe Brandenburger,

am 19. September wählen Sie den neuen Brandenburger Landtag. Gemeinsam mit Ihnen haben wir Sozialdemokraten dieses Land aufgebaut. Dabei haben wir viel erreicht, vieles bleibt zu tun. Auch in Zukunft treten wir für ein solidarisches Brandenburg ein.

Auf dem Arbeitsmarkt ist mit Wundern nicht zu rechnen. Deshalb bedarf es des langen Atems. Wir stellen die kleinen und mittleren Unternehmen in den Mittelpunkt. Wir verbessern unsere Schulen und Hochschulen weiter und helfen, dass ihre Zusammenarbeit mit der Wirtschaft enger wird. Das ist der richtige Weg zu guten Produkten und zu neuer Arbeit. Besonders die junge Generation braucht Perspektiven. Wir wollen, dass in unserem Land wieder mehr Kinder geboren werden. Und dass sich Familien bei uns zu Hause fühlen können.

Auf den nächsten Seiten erläutern wir Ihnen, wie wir unsere Heimat weiter aufbauen wollen. Es geht um die Besinnung auf die eigenen Stärken, um die Erneuerung aus eigener Kraft.

Es geht um Brandenburg. Packen wir es gemeinsam an!

Ihr Matthias Platzeck

Brandenburg geht seinen Weg.

Im Herbst 1989 demonstrierten Hunderttausende in der DDR für Freiheit und Demokratie. Vielen sind heute noch die Bilder im Kopf vom aufgeschnittenen Zaun zwischen Ungarn und Österreich, von den Flüchtlingen in der Prager Botschaft, von den Demonstrationen in Leipzig und anderswo. Nur wenige Monate später war die DDR Geschichte und das Land Brandenburg wiedergeboren.

Die Jahre nach der Wende waren gekennzeichnet durch enorme Veränderungen in allen Lebensbereichen. Demokratische Selbstbestimmung, Rechtsstaat und Reisefreiheit sind wertvolle Errungenschaften der friedlichen Revolution in der DDR. Viel ist seitdem von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern geleistet worden, viel ist neu aufgebaut worden. Neue Unternehmen sind entstanden, Straßen und Schienen wurden erneuert, Krankenhäuser und Schulen saniert, neue Ortsteile entstanden, alte Häuser erstrahlen in frischem Glanz. Denken wir nur an die typischen kleinen Brandenburger Städte mit historischem Stadtkern von der Uckermark bis in die Lausitz, denken wir an das wieder aufgeblühte Rheinsberg oder die sanierte Cottbuser Altstadt. In den vergangenen Jahren haben wir Märker viel geschafft, worauf wir stolz sein können.

Gleichwohl: Der Strukturwandel verlangte von uns allen große Opfer. So gingen Hunderttausende Arbeitsplätze verloren. Viele Kommunen leiden unter großem Einwohnerverlust.

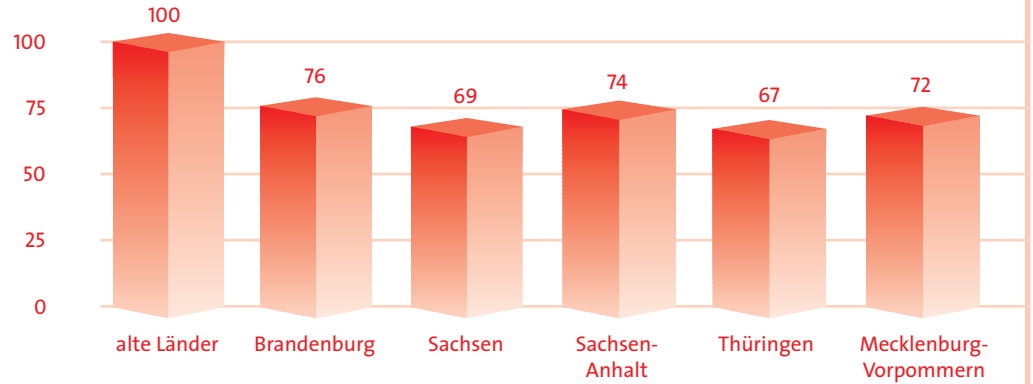
Die Nachwendezeit ist zu Ende

Der Mauerfall liegt nun fast 15 Jahre zurück. Beim Aufbau Ost haben wir die erste Hälfte des Weges zurückgelegt. Die Nachwendezeit ist beendet. Vor uns liegt jetzt eine neue Etappe. Der finanzielle Rahmen dafür wurde in einem großen solidarischen Kraftakt zwischen Bund und Ländern mit dem Solidarpakt bis 2019 festgelegt, in dem weitere € 156 Milliarden in die neuen Länder fließen. Diese Mittel müssen wir in den nächsten Jahren so einsetzen, dass Brandenburg am Ende des Prozesses auf eigenen Beinen stehen kann. Deshalb ist es nach der Hälfte des Weges Zeit, Bilanz zu ziehen, neue Ziele zu formulieren und unseren Weg neu zu bestimmen.

Wo stehen wir heute?

■ Das bedrückendste Problem in Brandenburg ist die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit. Das wirtschaftliche Erbe der DDR mit schwerfälligen Kombinaten, aber nur wenigen Klein- und Handwerksbetrieben, hat sich nach 1990 als große Bürde erwiesen. Seit der Wende hat sich unsere Wirtschaft stark verändert. Insbesondere das produzierende Gewerbe kann mittlerweile auf eine sehr gute Geschäftsentwicklung in den vergangenen Jahren zurückblicken. Der Umsatz nahm seit 1999 um 13,5% zu. Firmen wie Eko-Stahl Eisenhüttenstadt, DaimlerChrysler Ludwigsfelde, die Elektrostahlwerke Riva in Hennigsdorf und Brandenburg, PCK Schwedt, BASF Schwarzheide oder das Holzkompetenzzentrum in Baruth sind wichtige Standpfeiler einer breiten Industriestruktur im Land. Vattenfall Europe, drittgrößter deutscher Energiekonzern, hat seinen Konzernsitz in die Lausitz

BIP je Erwerbstätiger 2002 im Vergleich zu alten Ländern



(Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder)

verlagert. Dass die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Unternehmern gestiegen ist, zeigt sich auch darin, dass die Exporte seit 1999 um 49% gestiegen sind. Daneben ist Brandenburg das Land der Selbstständigen: Die Selbstständigenquote in unserem Land ist mittlerweile genauso hoch wie in den alten Bundesländern und die höchste in Ostdeutschland. Auf dem Weg zur Angleichung der Lebensverhältnisse hat Brandenburg bereits ein großes Stück des Weges zurückgelegt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen liegt in Brandenburg bereits bei 76% des Niveaus der alten Bundesländer – das ist das höchste Niveau in Ostdeutschland.

■ Aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt in Brandenburg unerlässlich, solange nicht genügend Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt angeboten wird. In den letzten Jahren haben wir in der Arbeitsförderung verstärkt auf Qualifizierung und Betriebsnähe gesetzt, gleichzeitig aber auch die Mittel für ABM und ähnliche Instrumente bereitgestellt. Von der Landesarbeitsmarktpolitik profitierten zuletzt jährlich über 70.000 Menschen.

■ Brandenburg muss in die Köpfe seiner Bürgerinnen und Bürger investieren. Folglich wurden zu Beginn der neunziger Jahre im Land Brandenburg drei Universitäten und fünf Fachhochschulen neu gegründet sowie die Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ weitergeführt. Heute studieren knapp 40.000 junge Menschen an Brandenburgs Hochschulen, und die Nachfrage nach Studienplätzen ist ungebrochen. Die Studierenden und Wissenschaftler an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wichtig für unsere Wirtschaft. Ihre Kreativität ist eine gute Basis für Innovation und neue Arbeitsplätze, für eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Unternehmen.

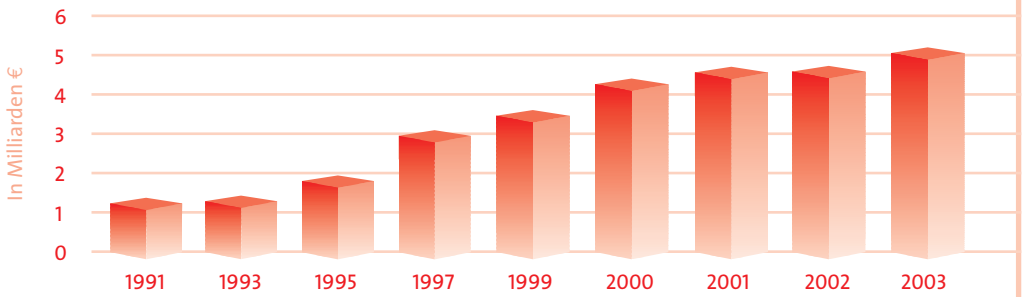
■ Wir Brandenburger können auf unser gut ausgebautes Kinderbetreuungssystem, um das uns viele Menschen im Westen, aber auch im Osten Deutschlands beneiden, stolz sein. In Brandenburg können Eltern sicher sein, dass ihre Kinder gut betreut werden.

■ Der Aufbau der Infrastruktur in Brandenburg ist weit fortgeschritten. Über zwei Drittel der Autobahnen sind ausgebaut oder saniert worden. Der Rest ist in Bau oder Planung. Im neuen Bundesverkehrswegeplan haben wir alle wichtigen Brandenburger Interessen durchsetzen können – bis 2015 werden über

zwei Milliarden € in Bundesstraßen und Autobahnen investiert. So wird in den nächsten Jahren beispielsweise mit der Oder-Lausitz-Straße eine wichtige Nord-Süd-Verbindung entstehen, die vor dem Hintergrund der erweiterten EU eine besondere Bedeutung hat. Der Nordwesten des Landes wird durch die neue A14 Magdeburg-Wittenberge-Schwerin besser erschlossen. Zu den Erfolgen der Landespolitik gehört auch der Aufbau eines gut funktionierenden Regionalexpress-Systems, dass alle Regionen Brandenburgs miteinander verknüpft. Schnelle ICE-Verbindungen gibt es zwischen dem Berliner Raum in Richtung Hannover und Westdeutschland, mittlerweile auch in Richtung Halle/ Leipzig und Süddeutschland. In diesem Jahr wird die Verbindung Richtung Hamburg und Norddeutschland fertig gestellt. An den Strecken in Richtung Polen und Dresden-Tschechien wird zurzeit gearbeitet.

■ Eine große Herausforderung nach der Wende war der Wiederaufbau unserer Städte

Entwicklung des Exports der Brandenburger Unternehmen.



(Quelle:LDS Brandenburg)

und Gemeinden. Vielerorts sind neue Stadtteile entstanden und alte Häuser rekonstruiert worden. Orte wie Falkensee oder Kleinmachnow gehören heute zu den am schnellsten wachsenden Kommunen in Deutschland. Gleichzeitig sind in anderen Städten und den ländlichen Regionen Brandenburgs die Einwohnerzahlen stark zurückgegangen. Verbunden damit ist ein enormer Wohnungsleerstand von mittlerweile über 160.000 Wohnungen. Auf diese Entwicklungen hat das Land schnell reagiert. Die Städtebauförderung und die Programme „Stadtumbau Ost“, „Zukunft im Stadtteil“ und „Soziale Stadt“ haben das Ziel, ein attraktives Wohnumfeld zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu erhalten. Durch einen angemessenen Rückbau von Wohnungen wird der Wohnungsmarkt stabilisiert und die Lebensqualität erhöht. Gleichzeitig wird in Brandenburg die Bildung von Wohneigentum in den Innenstädten mit einem eigenen Förderprogramm unterstützt.

■ Die Landwirtschaft gehört heute zu den modernsten Wirtschaftszweigen Brandenburgs. Wer durch unsere Dörfer reist, kann mit eigenen Augen überall neu Entstandenes sehen. In den letzten Jahren hat es so gut wie keine Insolvenzen in der Brandenburger Landwirtschaft gegeben. Annähernd 30.000 Beschäftigte in 8.000 landwirtschaftlichen Betrieben sind eine tragende Säule für die Lebensqualität der Menschen in den ländlichen Regionen. Sie tragen darüber hinaus zur Erhaltung der Kulturlandschaft mit ihren vielfältigen Schutz- und Erholungsfunktionen bei.

Brandenburg: Heimat für alle

Brandenburg kann sich sehen lassen. Die wichtigsten Grundpfeiler der Entwicklung haben wir gesetzt. Vor uns liegt nun eine neue Etappe. Nach dem Aufbau geht es nun in eine Phase der Konsolidierung und Weiterentwicklung, in eine Phase der Besinnung auf eigene Stärken und der Erneuerung aus eigener Kraft. Deutschland befindet sich inmitten großer Veränderungen. Wir Brandenburger wissen sehr genau, was Veränderungen sind, und wir scheuen davor nicht zurück. Im Gegenteil. Wir Sozialdemokraten wollen ein Brandenburg, das wirtschaftlich erfolgreich ist, in dem die Menschen Arbeit finden und sich wohl fühlen. Das ist das oberste Ziel unserer Politik.

Viel ist derzeit vom demographischen Wandel die Rede. Wir Brandenburger erleben diesen hautnah, wenn junge Menschen – Kinder,

Enkel und Freunde – fortziehen, weniger Kinder geboren werden und die Menschen älter werden. Diese Entwicklungen haben große Auswirkungen auf alle Lebensbereiche im Land.

Zweite Etappe des Aufbau Ost mit neuen Aufgaben

Wir arbeiten für ein Brandenburg, das ein modernes Gemeinwesen ist, mit effizienter Wirtschaft, hochwertiger Infrastruktur, erstklassigen Bildungs- und Forschungseinrichtungen und einer bürgernahen, sparsamen und flexiblen Verwaltung. Ein Land für Kinder, ein Land, in dem Familien, alte und junge Menschen ihre Heimat haben. Wir wollen, dass Brandenburg auf eigenen Füßen steht.

Um unsere Zukunft sozial und gerecht zu gestalten, müssen wir in den nächsten Jahren bereit sein, auf kreative Weise neue Wege zu gehen. Unsere Richtschnur sind dabei die sozialdemokratischen Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundwerte sind heute so aktuell wie vor 140 Jahren. Sie sind die Basis unserer Politik. Für jede Initiative gilt deshalb, dass sie im Geiste sozialer Gerechtigkeit steht, dass sie ein Schritt ist auf dem Weg in eine sichere Zukunft in Freiheit und Solidarität.

Zusammenhalt stärken

Der Zusammenhalt unseres Landes und seiner Bürger steht im Mittelpunkt unserer Überlegungen. Wir werben um Vertrauen in eine Politik, die die Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen der Menschen, der Familien, Kinder und Gemeinschaften in den Mittelpunkt stellt. Unser Ziel ist ein sozialer Staat, der in die Fähigkeiten der Menschen investiert, sich selbst zu helfen und ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu organisieren. Ein Staat, der Orientierungshilfe in schnelllebigen Zeiten bietet und die Solidarität zwischen Menschen und Regionen stärkt. Um es mit den Worten von Regine Hildebrandt zu sagen: „Kinder, vergesst nicht, der eigentliche Sinn des Lebens liegt im Miteinander."

Die fünf zentralen Aufgabenfelder für die nächsten Jahre in Brandenburg lauten für uns:

1. Innovation und Arbeit.

Brandenburger Unternehmen stellen gute Produkte her. Unsere Unternehmen sind jedoch – im Vergleich zu den westlichen Bundesländern – relativ klein und noch zu schwach, um ihre Produkte auf den Märkten gut zu platzieren. Einen wichtigen Beitrag zu weiterem Wachstum sind Netzwerke der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen, Schulen und Forschungseinrichtungen. Dazu wird die Landesregierung eine neue branchenorientierte Wirtschaftspolitik umsetzen. Für eine leistungsfähige Wirtschaft bauen wir Bürokratie ab, verkürzen Verfahren, vereinfachen Anträge und verbessern die Finanzierungsmöglichkeiten für kleine Unternehmen. Die Stärkung unserer Betriebe wird neue Arbeitsplätze schaffen. Daneben müssen sich die Unternehmen auf die demographischen Veränderungen vorbereiten. Die EU-Osterweiterung bietet große Chancen, neue Märkte zu erschließen. Wir wissen: Der Staat kann nicht alles leisten. Er selbst kann keine Arbeitsplätze schaffen. Er kann aber viel dafür tun, die Rahmenbedingungen für Unternehmen so zu gestalten, dass sie wirtschaftlichen Erfolg haben und so Arbeitsplätze schaffen und qualifizierte Arbeitskräfte einstellen können. Das Land wird auch weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben.

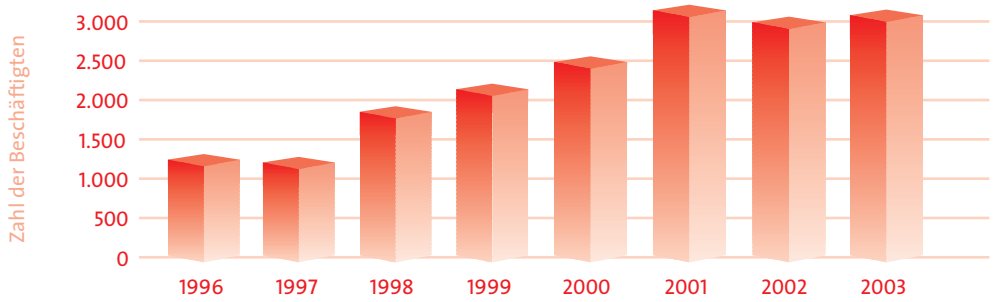
Die Papierfabrik in Schwedt gehört zu den modernsten und größten in Europa.

2. Gute Bildung muss Schule machen.

Gute Bildung und Ausbildung sind die Voraussetzung für beruflichen und wirtschaftlichen Erfolg. Auf dem Weg von der klassischen

Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft stehen Bildung und Fortbildung im Mittelpunkt des Lebens. Bildung fängt im Kindergarten an und hört mit dem Berufs- oder Hochschulabschluss nicht auf. Schon kleine Kinder wollen und können lernen. Wir wollen die Qualität von Schule und Betreuung verbessern sowie das Schulsystem vereinfachen. Unsere Kinder sollen auch weiterhin mindestens sechs Jahre gemeinsam lernen. Die Sekundarschule soll die Real- und Gesamtschulen ersetzen und eine gute Schulversorgung auch in den dünn besiedelten Räumen sicherstellen. Finnland und Schweden zeigen uns, dass auch in ländlichen Regionen ein leistungsfähiges Schulsystem möglich ist. Neben den Schulen gehören die Fachhochschulen und Universitäten zum Grundpfeiler des Bildungssystems. Ihre Stärkung – zusammen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen – ist uns deshalb besonders wichtig. Die Verknüpfung von

Zukunftsbranche in Berlin-Brandenburg: Biotechnologie



(Quelle: Biotop)

Bildung, Forschung und Wirtschaft muss dabei in Zukunft weiter verbessert werden. Unsere Hochschulen sollen mehr Freiheiten erhalten. Dabei wird Brandenburg eine Vorreiterrolle in Deutschland übernehmen.

3. Politik für Familien.

Nach der Wende ist in Brandenburg die Zahl der neugeborenen Kinder stark zurückgegangen. Ein wesentlicher Grund dafür war die große Unsicherheit von Frauen über ihre Zukunft und ihren Arbeitsplatz. Es ist unser Ziel, das Umfeld für Familien und Kinder im Land weiter zu verbessern. Denn ein Land ohne Kinder wäre ein Land ohne Zukunft. Familie ist für uns nicht nur ein Ort, wo Kinder aufwachsen, sondern auch der Ort, wo Eltern im Alter gepflegt werden. Wir wollen in der Landespolitik Spielräume erschließen, um Familien wieder mehr unterstützen zu können. So ist es unser Ziel, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu gestalten. Männer und Frauen müssen einen gleichberechtigten Zugang zu Erwerbsarbeit haben. Deshalb werden wir es Frauen erleichtern, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Ein „Bündnis für Familie“ mit allen gesellschaftlichen Gruppen soll helfen, Brandenburg zu einem der familienfreundlichsten Länder Deutschlands zu machen. Seniorenbeiräte, Kinder- und Jugendparlamente sollen in der Kommunalverfassung verankert werden.

4. Stadt, Land, Fluss: Kommunen umbauen.

Viele Orte im Land stehen vor massiven Veränderungen in ihrer Bevölkerungsstruktur: Die Zahl der jungen Mitbürger nimmt ab, die Zahl der Älteren nimmt zu. Für den Umbau unserer Städte und Kommunen brauchen wir viele innovative Lösungen und die Beteiligung aller, um eingefahrene Wege verlassen zu können. Diesen Weg zu einer „kreativen Kommune“ unterstützen wir in den kommenden Jahren intensiv. Aus Wachstumsinseln sollen zukunftsfähige Zentren werden, die in die Regionen ausstrahlen. Wir wollen die ambulante medizinische Versorgung und eine umfassende Mobilität für alle Bürger im ländlichen Raum gewährleisten. Die Infrastruktur von Bahn und Straßen wird weiter ausgebaut.

5. Sicherheit und Vertrauen stärken. Verwaltung vereinfachen.

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Unser Ziel ist es, die Verwaltung der Polizei weiter zu verringern, damit mehr Polizisten auf den Straßen und nicht in den Amts-

stuben sitzen. Priorität hat für uns in den nächsten Jahren der Umbau der Verwaltung. Wir wollen in Deutschland führend werden bei der Einführung der elektronischen Verwaltung und in vielen Orten einen elektronischen Verwaltungszugang aufbauen, der Amtsgänge überflüssig macht. Die Justiz soll Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger sein.

Die Zusammenarbeit mit Berlin soll – vor allem bei Polizei und Justiz – in den kommenden Jahren verbessert werden. Eine erneute Abstimmung über die Länderfusion kommt für uns erst in Frage, nachdem die Finanzsituation Berlins geklärt ist.

Handlungsspielräume für einen partnerschaftlichen Staat schaffen

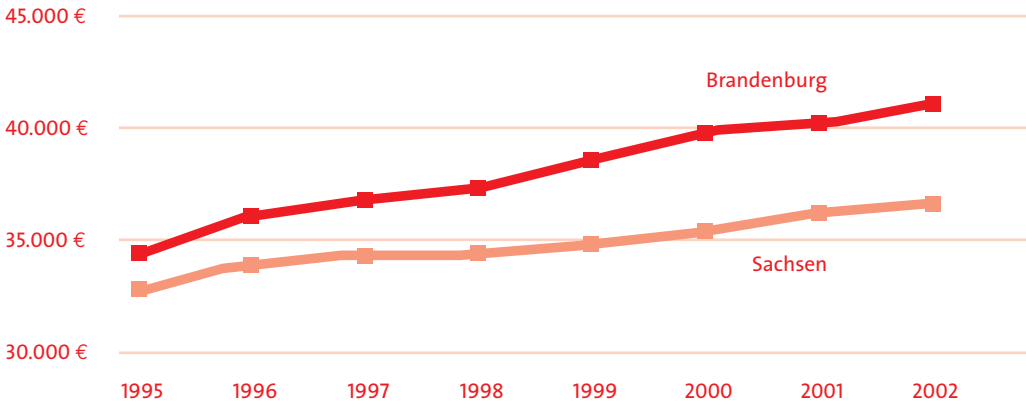
Wir Brandenburger brauchen einen starken Sozialstaat. Gerade in Zeiten tief greifender Veränderungen muss der Sozialstaat für die Schwachen da sein. Dafür haben schon Generationen vor uns gekämpft. Die Rahmenbedingungen für den Sozialstaat haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert. Deshalb müssen wir den Sozialstaat auf ein tragfähiges Fundament stellen. Wir streben eine gleiche Beteiligung von Männern und Frauen in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens an. Wir berücksichtigen die spezifischen Lebenssituationen und die Interessen von Frauen und Männern in allen Politikbereichen. Wir setzen uns für eine neue Balance zwischen Rechten und Pflichten, zwischen Ansprüchen und Leistungen ein. Dabei muss Gerechtigkeit stets im Mittelpunkt stehen. Wir wollen einen Staat, der ein starker Partner ist. Wir wollen einen Staat, der den Menschen hilft, der ihnen das Leben einfacher und nicht komplizierter macht.

In den kommenden Jahren wollen wir für das Land neue Spielräume eröffnen. Spielräume, um mehr zu tun für neue Arbeitsplätze, für moderne Kitas, Schulen und Hochschulen. Spielräume, um mehr zu tun für eine familiengerechte Gestaltung unserer Kommunen. Dazu werden alle staatlichen Ausgaben auf den Prüfstand gestellt.

1. Innovation und Arbeit.

Noch immer hat Brandenburg eine zu hohe Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere wirtschafts- und strukturpolitischen Positionen ehrlich überprüfen und neu bestimmen. Was sind die wichtigsten Voraussetzungen für gute Produkte, für Innovation und Kreativität? Mit neuen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen können sich die Unternehmen neue Märkte erschließen und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Bildung und Wissenschaft sind deshalb die Basis für unser Land und unsere Wirtschaft, damit wir im Wettbewerb mithalten können und regionales Wachstum entstehen kann.

Produktivität 1995-2002 (BIP pro Erwerbstätiger in € zu Preisen von 1995)



(Quelle: Statistische Landesämter)

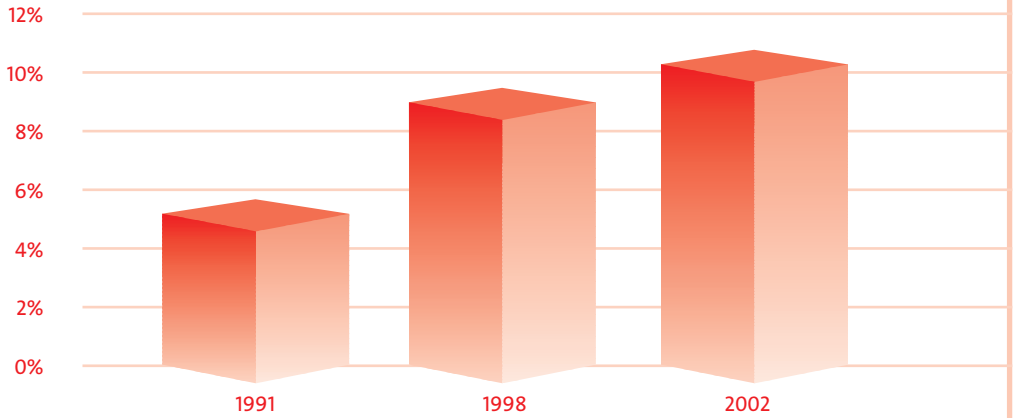
Erfolgreiche Unternehmen schaffen Arbeitsplätze

Das wirtschaftliche Erbe der DDR war eine schwere Hypothek. Wir müssen uns heute von der Erwartung verabschieden, dass allein durch staatliche Großinvestitionen tausende Arbeitsplätze geschaffen werden können. Stattdessen müssen wir uns auf unsere eigenen Stärken konzentrieren, uns mit einer Politik vieler Schritte auf die vorhandenen Standorte konzentrieren und diese ausbauen.

Die weitaus größte Zahl der Brandenburger Unternehmen ist klein und mittelständisch. Diese Unternehmen brauchen unsere Anerkennung und Aufmerksamkeit. Dort werden die meisten Arbeitsplätze geschaffen. 90% unserer Unternehmen haben weniger als 20 Mitarbeiter. Doch wir müssen feststellen: Viele Unternehmen sind buchstäblich zu klein, um wachsen zu können. Die Unternehmer stecken so tief in ihrer alltäglichen Arbeit, dass ihnen oft die Zeit für strategische Unternehmens- und Personalentwicklung fehlt, mögliche Investitionen aus diesem Grund verschoben werden oder ganz entfallen.

Unser Ziel ist es deshalb, die Wachstumskräfte in den Unternehmen zu stärken, damit neue Arbeitsplätze entstehen können. Wir wollen dafür sorgen, dass den Unternehmerinnen und Unternehmern vor Ort schnell und kompetent geholfen wird, damit sich unternehmerische Initiative besser entfalten kann.

Selbstständigenquote in Brandenburg



(Quelle: MW 2003)

Unternehmen den roten Teppich ausrollen

Brandenburg ist ein Land der Existenzgründer. 2003 betrug die Selbständigenquote über 10%. Damit erreichte Brandenburg als erstes ostdeutsches Land das Niveau der alten Bundesländer. Mit dem Programm „agil“ wurde in den letzten Jahren eine erfolgreiche strukturierte Existenzgründerförderung aufgelegt. Das Programm verbindet finanzielle Förderung mit intensiver Beratung, hilft beim Generationenwechsel und verschafft Zugang zu weiteren hilfreichen Institutionen. Dieses Programm werden wir fortführen.

Kurze Bearbeitungsfristen, einfache Genehmigungsverfahren sowie intensive Beratung und Betreuung von Investoren müssen im Mittelpunkt der Ansiedlungs- und Wirtschaftspolitik stehen. Wir rollen Unternehmern den roten Teppich aus. Wir wollen die Bearbeitungszeiten von Anträgen weiter verkürzen und Formulare vereinfachen. Vollständige Förder- und Genehmigungsanträge von Unternehmen sollen in Zukunft innerhalb eines Monats bearbeitet sein.

Neue Märkte liegen vor der Tür

Seit dem 1. Mai 2004 ist unser Nachbarland Polen Mitglied der Europäischen Union. Mit der EU-Osterweiterung ergeben sich für viele Unternehmen neue Wachstumschancen. Wir unterstützen auch weiterhin die Brandenburger Wirtschaft dabei, neue Märkte in Osteuropa zu erschließen – zumal dorthin häufig noch alte Verbindungen bestehen.

Wir werden Brandenburger Unternehmen helfen, Kontakte zu Unternehmen vor allem in Polen und den anderen neuen EU-Ländern

herzustellen. Zusammen mit Wirtschaftsverbänden und Kammern sollen „Exportservicezentralen“ eingerichtet werden, die den Brandenburger Unternehmen konkret vor Ort bei der Markterschließung in Osteuropa helfen. Wir wollen kleine Exportbürgschaften gewähren, die unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne Hausbank gegeben werden können. Zusammen mit den Kammern wollen wir ein Internetportal einrichten, auf dem Brandenburger Unternehmen ins Deutsche übersetzte Ausschreibungen aus Polen abrufen können.

Umstellung der Unternehmensförderung einleiten

Die Unternehmensförderung basiert heute auf vielen Förderprogrammen unterschiedlicher Institutionen. Dies erschwert den Zugang für Existenzgründer und wachsende Unternehmen. Unser Ziel ist, die Förderprogramme zu vereinfachen und zusammen zu fassen. Dabei soll überprüft werden, ob Fördermittel verstärkt als zinsgünstige Darlehen ausgereicht werden können.

Die Kreditwirtschaft darf sich nicht aus der Mittelstandsfinanzierung zurückziehen. Zur Förderung neuer Technologien und zukunftsfähiger Produkte in kleinen und mittelständischen Brandenburger Unternehmen werden wir einen Risikokapital- und Beteiligungsfonds aus EU-Mitteln einrichten. Dieser „Wachstumsfonds“ soll die vielfach eigenkapitalschwachen Mittelständler zu weiterem Wachstum ermutigen und ihnen durch Bürgschaften und stille Beteiligungen die Ausweitung ihrer Geschäftsfelder ermöglichen. Dadurch können wir das Verbleiben von Unternehmen in Brandenburg besser steuern. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir darauf achten, dass sich mehr brandenburgische Unternehmen aussichtsreich am Vergabewettbewerb beteiligen können.

Mitarbeiterbeteiligung am Produktivvermögen ist ein Instrument zur Stabilisierung bestehender Unternehmen. Dieses Instrument hat eine lange Tradition und wird bereits seit vielen Jahrzehnten diskutiert, um die Investitionskraft kapitalschwacher Unternehmen zu stärken und zu einer breiteren und gerechteren Verteilung des Produktivkapitals zu kommen. Über die Mitarbeiterbeteiligung können die Arbeitnehmer so an wirtschaftliche Prozesse und unternehmerisches Denken herangeführt werden.Mitarbeiterbe-

Bedeutende Wirtschaftsstandorte und Branchen in Brandenburg

(Quelle: MW 2004)

teiligung führt zu Produktivitätserhöhungen, kann Mitarbeiter motivieren, die Vermögensbildung der Arbeitnehmer stärken und eine ergänzende Alterssicherung aufbauen. Das Land soll mit einer Informationsoffensive zusammen mit Gewerkschaften und Unternehmerverbänden solche kooperativen Wirtschaftsmodelle unterstützen. Mitarbeiterbeteiligungen auf einzelbetrieblicher Basis sollen durch Teilbürgschaften des Landes abgesichert werden können.

Netzwerke knüpfen

Arbeits- und Wirtschaftförderung müssen stärker miteinander verkoppelt werden. Im Ergebnis muss die Förderung auf das Entstehen von Branchenschwerpunkten und regionalen Schwerpunkten (so genannte Cluster) gerichtet sein, die die Stärken des Landes und seiner gut qualifizierten Menschen nutzen. Gerade Netzwerke von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sind für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und eine sich selbst tragende Entwicklung wichtig. Verschiedene solcher Netzwerke sind bereits entstanden.

Wissenschaft und Wirtschaft miteinander verbinden

Leistungsfähige Wissenschaftseinrichtungen wie die Max-Planck-Institute und Fraunhofer-Einrichtungen im Wissenschaftspark in Golm, die mit anwendungsorientierter Forschung internationale Spitzenleistungen und im Gefolge viele Patente hervorgebracht haben, liefern mit ihren Forschungsergebnissen entscheidende Impulse zur Wirtschaftsentwicklung in der Region. Brandenburg verfügt mit zahlreichen renommierten Instituten über eine Forschungsvielfalt, die in Deutschland ihresgleichen sucht. Für sie ist die Bedeutung europäischer Forschungsförderung, mit der unter anderem Netzwerke aus wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen gefördert werden, stark gestiegen.

Die Forschungsausgaben der ostdeutschen Unternehmen sind nach wie vor gering, deshalb ist eine öffentliche Forschungsförderung zwingend für unser Land. Die Landesregierung muss diese Entwicklung weiter unterstützen. Trotz der schwierigen Haushaltslage werden wir die Ausgaben im Hochschul- und Forschungssektor stabil halten und alles unternehmen, sie weiter aufzustocken. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen, die sich in guten Arbeitsplätzen niederschlagen.

Zukunftsträchtige Branchen entwickeln

Es gibt bereits viele Erfolg versprechende Branchen in Brandenburg, die durch entsprechende Forschungsinstitute untersetzt sind. Diese positiven Ansatzpunkte müssen wir unterstützen und ausbauen. Dazu gehören die Luftfahrtbranche, der Energiesektor, die Papier- und Chemieindustrie, die Bio- und Gesundheitstechnologie, die Film- und Medienbranche sowie der Tourismus. Unser neuer Ansatz heißt: zukunftsfähige Branchen zusammenführen, untereinander vernetzen und Bedingungen schaffen, damit die bereits vorhandene dynamische Entwicklung beschleunigt werden kann. Dazu gehören für uns unter anderem folgende Maßnahmen:

- Die Landesregierung wird zu Branchengesprächen mit der Wirtschaft einladen mit dem Ziel, konkrete Verabredungen über die gezielte Stärkung dieser branchenspezifischen Schwerpunkte zu treffen. Dabei werden die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Banken und Sparkassen sowie Landkreisen wichtige Rollen übernehmen. So soll beispielsweise das Cluster „Luft- und Raumfahrt“ im Umkreis von Schönefeld mit Flughafen, Luftfahrtunternehmen, Zulieferern, Fachhochschule Wildau und anderen Einrichtungen ausgebaut werden. Dazu ist eine enge Verflechtung von aktiver Ansiedlungs-, Forschungs- und Hochschulpolitik notwendig.

- Wir brauchen heute mehr Forschung, um morgen fit für die Zukunft zu sein. Deshalb wollen wir die bestehenden Forschungsstandorte weiter fördern und ausbauen sowie durch aktives Einwerben neue Forschungseinrichtungen gewinnen.

- Mit einem neuen Technologiekonzept sollen Technologieplattformen und Verbundinitiativen gezielt gefördert werden. Bis 2006 sollen die bereits laufenden sowie die geplanten Verbundinitiativen aus EU-Mitteln unterstützt werden. Die stärkere Vernetzung von großen Unternehmen und unseren Mittelständlern in Erfolg versprechenden Branchen erhält damit einen deutlichen Schub. Ressortübergreifende Zusammenarbeit aller wirtschaftsfördernden Bereiche ist die Voraussetzung dafür, damit wir zukunftsfähige Branchenschwerpunkte in Brandenburg aufbauen

Brandenburg gehört zu den größten Luftfahrtindustriestandorten Deutschlands – unter anderem durch den Turbinenhersteller MTU in Ludwigsfelde.

können. Die Berufsausbildung und Qualifikationsmaßnahmen richten wir auf Innovationszentren aus. Die Risikofinanzierung und Betriebsmittelsicherung müssen gewährleistet und neue Entwicklungsaufträge für Leitprojekte vergeben werden.

■ Mit einer offensiven Werbekampagne soll der Standort Brandenburg mit seinen besonderen Merkmalen und Stärken innerhalb Deutschlands und darüber hinaus kreativ beworben werden.

Wirtschaft muss Schule machen

Viele Unternehmen klagen heute über die Qualität der schulischen Bildung. Gleichzeitig fühlen sich viele Schüler nicht ausreichend über die Anforderungen von Unternehmen und Berufsausbildung an Azubis informiert. Deshalb soll die intensive Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaft weiter vorangetrieben werden – und zwar in allen Schulformen. Besonders wichtig ist dabei die Einbeziehung von Unternehmerinnen und Unternehmern in die Schule sowie Lehrer- und Schülerpraktika in Betrieben. In den neuen Ganztagsschulen können innovative Modelle verwirklicht werden, mit denen Wirtschaft und Schule einander näher gebracht werden können.

Mit dem „Netzwerk Zukunft – Schule und Wirtschaft für Brandenburg“, einem bundesweit einmaligen Kooperationsvertrag zwischen Unternehmerverband, Gewerkschaften, IHKs, Hochschulen und Schulen, ist bereits der richtige Grundstein gelegt, um das Verständnis für wirtschaftspolitische Zusammenhänge bei Schülern und Eltern zu fördern. 97% der Schulen wünschen sich eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Bei einem Drittel ist sie bereits Realität – wir werden helfen, dass die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und allen Schulen Wirklichkeit wird. Dazu gehört auch eine Verbesserung der Lehrerausbildung im Bereich Wirtschaft.

Investitionen in Köpfe

Brandenburgs Ideenreichtum entwickelt sich „zwischen den Ohren“ unserer Kinder. Eine gute Ausbildung, sei es in der Schule, der Berufsschule oder der Hochschule, ist die Basis für einen guten Arbeitsplatz. Unsere Unternehmen brauchen gut ausgebildete Fachkräfte. Investitionen in Köpfe müssen Vorrang haben vor Investitionen in Beton – das ist moderne Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Der Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik des Landes liegt auch weiterhin in der Förderung der beruflichen Erstausbildung mit dem Ziel, jedem interessierten Jugendlichen ein Angebot machen zu können. Wir werden die Ausbildungsplatzoffensive verstärken. Vorrang muss die Ausbildung im dualen System haben. Schon ab 2006 erreichen die geburtenschwachen Jahrgänge den Ausbildungsmarkt und sorgen dort für eine Entspannung und mittelfristig sogar für einen Mangel an Azubis. Bis dahin müssen wir alles dafür tun, dass alle interessierten Brandenburger Jugendliche eine Berufsausbildung erhalten – am Besten in einem Betrieb.

In der derzeitig schwierigen Wirtschaftslage ist eine aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik unerlässlich. Besondere Aufmerksamkeit verdient die unternehmensnahe Qualifizierung und Ausbildung von Arbeitslosen und Arbeitnehmern. Seit 2001 wird mit dem Innopunkt-Programm des Arbeitsministeriums ein modernes Instrument der Arbeitsförderung eingesetzt. Die einzelnen Innopunkt-Kampagnen (z. B. „Moderne Arbeitszeiten für Brandenburg“ oder „Betriebsnachfolge jetzt anpacken“) sind als Wettbewerb um eine zweijährige Förderung für neue Ideen ausgestaltet. Mittel der EU und des Landes sollen weiterhin für dieses Programm zur Verfügung gestellt werden.

Frauen haben ein Recht auf Arbeit

Wir wollen bestehende Ungleichgewichte zwischen den Geschlechtern nachhaltig durch strukturell neu orientierte Politikansätze beheben. 79% der erwerbfähigen Frauen sind berufstätig. Wir können es uns nicht leisten,

auf Frauen im Erwerbsleben zu verzichten. Die Vermittlung der erwerbslosen Frauen in den ersten Arbeitsmarkt ist zentral. Deswegen ist moderne Familienpolitik immer eng mit Wirtschaftspolitik verbunden. Deshalb setzt sich die Brandenburger SPD für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt ein. Die Innopunkt-Kampagne, Ideenwettbewerbe und Mentoringprojekte sind Beispiele auf dem Weg dahin. Der bundesweite „Girl's Day“ hilft den jungen Mädchen und Jungen, die eingetretenen Pfade der Berufssparten zu verlassen.

Lohnangleichung: eine Frage der Gerechtigkeit

Noch immer liegen viele Löhne und Gehälter im Osten unter dem West-Niveau. Die Lohnangleichung ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern 15 Jahre nach der Wende, auch eine Frage der Gerechtigkeit. Die Menschen in Brandenburg arbeiten genauso qualifiziert wie und oft länger, als ihre Kolleginnen und Kollegen in den alten Ländern.

Mögen niedrige Löhne in den neuen Ländern in den 1990er Jahren noch ein Standortvorteil gewesen sein – diese Zeit ist vorbei. Einen Wettlauf um die niedrigsten Löhne können wir nicht gewinnen. Im Gegenteil: die Realität ist, dass niedrige Löhne die Abwanderung qualifizierter Mitarbeiter verstärken – und damit auch die Wettbewerbssituation von Unternehmen verschlechtern. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter verbessern, damit sie von sich aus stark genug werden und so in die Lage kommen, höhere Löhne zu zahlen. So kann die Abwanderung reduziert werden.

Dumpinglöhne sind Gift für die Wirtschaft. „Schwarze Schafe“ machen den Wettbewerb kaputt, indem sie mit Löhnen kalkulieren, die teilweise unter dem Sozialhilfesatz liegen. Wir sagen den Dumpinganbietern den Kampf an, denn sie zerstören verantwortungsvolle Unternehmen. Das Land hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine Vorbildwirkung.

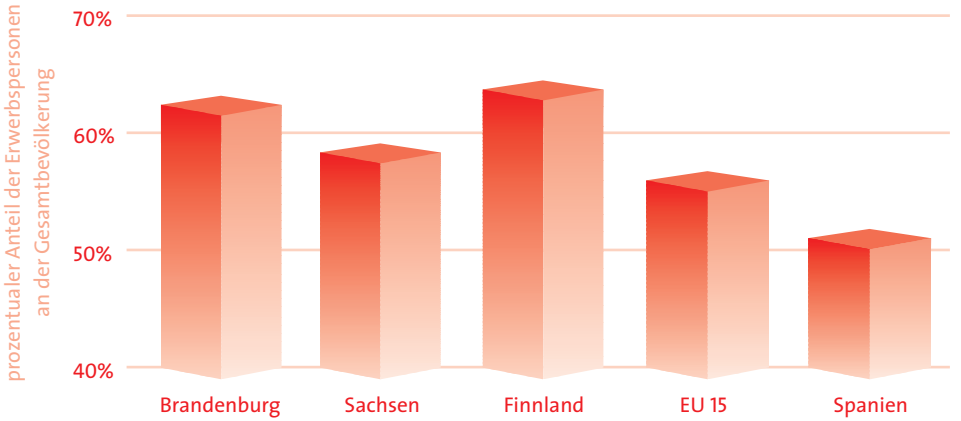
Wir stellen uns dem Druck auf die Löhne, der sich aus der EU-Erweiterung ergeben kann – gerade bei einfachen Tätigkeiten – entgegen. Deshalb streben wir ein Mindestlohngesetz an. Damit wollen wir sicherstellen, dass Löhne bezahlt werden, die für die Brandenburgerinnen und Brandenburger auskömmlich sind.

Neue Wege gehen, um Lohndifferenzen auszugleichen

Wir stehen heute vor einem lohnpolitischen Dilemma, da es vielerorts (noch) nicht möglich ist, den Abstand zum West-Lohngefüge zu verkürzen. Das geringe Lohnniveau ist jedoch einer der Hauptgründe, warum die Menschen gerade aus den berlinfernen Regionen abwandern bzw. nicht in sie zurückkehren wollen. Erste Kommunen gehen neue Wege, indem sie Wohnungen oder Grundstücke kostenlos abgeben und so Anreize bieten, zu bleiben oder her zu ziehen. Dabei ist es auch im Interesse der Unternehmen, die Menschen an ihre Heimat zu binden. Neue kreative Lösungen sind gefragt.

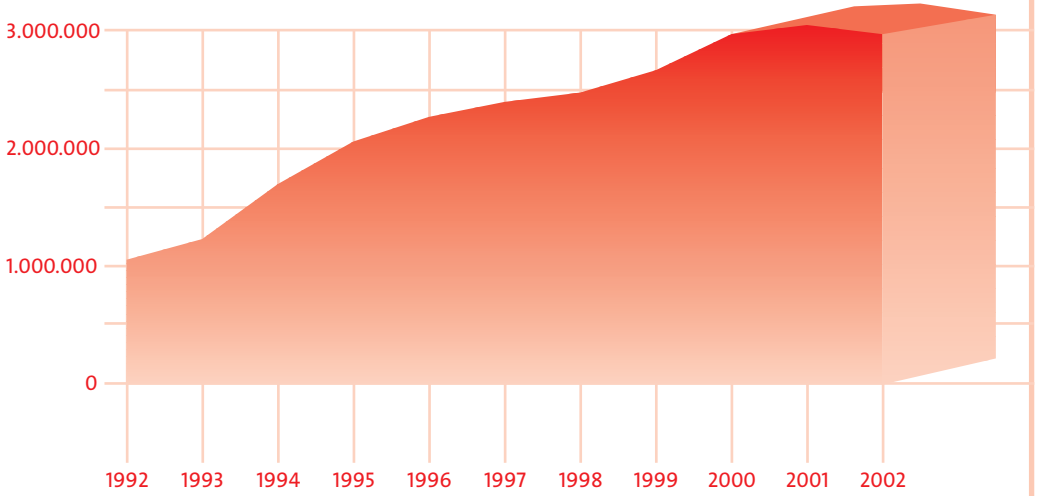
Ansiedlungspolitik bezieht sich heute nicht mehr nur auf Unternehmen, sondern auch auf deren Mitarbeiter. So können Kommunen vorhandene Grundstücke oder Wohnungen

Erwerbsquoten in der EU



(Quelle: Eurostat 2001)

Gästeankünfte im Land Brandenburg



(Quelle: LDS Brandenburg)

günstig an Unternehmen und/ oder Arbeitnehmer überlassen oder über zinsverbilligte Kredite deren Erwerb ermöglichen. Daneben können sich neue Formen genossenschaftlichen Wohnens – unterstützt durch Unternehmen, Kommunen und Land – etablieren. Kommunen soll es ermöglicht werden, solche innovativen Modelle in die Praxis umsetzen zu können. Verbilligter Wohnraum kann für viele Fachkräfte ein Anreiz sein, hier zu bleiben oder hierher zu kommen. Auf diese Weise würden Löhne durch Sachleistungen

ergänzt. Solche schöpferischen Initiativen müssen vor Ort entstehen. Unternehmen haben das Interesse, ihre Fachkräfte zu halten. Kommunen haben das Interesse, ihr Stadtbild zu entwickeln. Gemeinsam kann es ihnen gelingen, ihre Ziele zu erreichen.

Tourismus bringt Arbeitsplätze

Brandenburg ist eine Tourismusregion. Historische Städte, einzigartige Landschaften und Tierwelten sind attraktive Reiseziele für immer mehr Besucher. Bereits heute leben mehr als 90.000 Menschen vom Tourismus. Mit einem Umsatz von € 2,6 Milliarden ist der Tourismus ein wichtiges Standbein unserer Wirtschaft. Im Sommer 2003 kamen 1,9 Millionen Besucher nach Brandenburg, die 5,6 Millionen Übernachtungen buchten. Das waren 50.000 Gäste und 60.000 Übernachtungen mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Wachstumspotentiale im Tourismus müssen wir weiter erschließen.

In Brandenburg ist in den letzten Jahren ein mehrere tausend Kilometer umfassendes Radwandernetz entstanden. Mit Blick auf die touristische Entwicklung werden wir dies weiter ausbauen. Ein großes Potential stellt in Brandenburg auch der Wassertourismus dar. Dafür bedarf es einer Infrastruktur von Anlegestellen bis Wassertankstellen. Bereits existierende Initiativen wie zum Beispiel die „Wasserinitiative Nordost“ werden wir aktiv begleiten und unterstützen.

Die vielfältigen Einzelinitiativen und Angebote vor Ort müssen gebündelt und vernetzt werden. Nur mit einer Vermarktung aus einer Hand werden wir neue Märkte unter anderem in Osteuropa aber auch in Deutschland erschließen können. So gilt es beispielsweise, für die zunehmende Zahl von Senioren attraktive Angebote zu entwickeln. Daneben sollen auch Landwirtschaft und Tourismus stärker miteinander verknüpft werden. Eine Imagekampagne soll die Attraktivität der brandenburgischen Landschaft auch international bekannt machen.

Den steigenden Qualitätsanforderungen an den Tourismus hat die Fachhochschule Eberswalde mit der Einrichtung eines Masterstudiengangs „Nachhaltiger Tourismus“ bereits Rechnung getragen. Dieser Studiengang ist in Deutschland einmalig. Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften im Bereich Tourismus wird weiter zunehmen. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung eines Studien-

gangs „Internationale Tourismuswirtschaft“ in Brandenburg ein. Ein solcher Studiengang wird wirtschaftliche Impulse auslösen, den Bildungsstandort bereichern und das Tourismusland Brandenburg beleben.

Dem Fachkräftemangel frühzeitig vorbeugen

Unsere Unternehmen stehen vor weit reichenden Veränderungen in ihrer Personalsituation. Der Einbruch der Geburtenzahlen unmittelbar nach der Wende von 1989/90 um mehr als die Hälfte wird ab 2006 auf dem Ausbildungs- und wenig später auf dem Arbeitsmarkt „ankommen“. Das bedeutet, dass dann deutlich weniger junge Menschen einen Ausbildungsplatz nachfragen werden. Gleichzeitig wird sich ab dem Jahr 2010 die Zahl derjenigen verdoppeln, die in Rente gehen, – die Ursache dafür liegt in den geburtenstarken Jahrgängen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Untersuchungen in Ostdeutschland zeigen, dass viele unserer Unternehmen zu klein sind, um auf dieses Problem angemessen reagieren zu können. Etwa die Hälfte der kleinen und mittleren Unternehmen verfügen über kein Personalentwicklungskonzept.

Beschäftigungschancen für Jung und Alt eröffnen

Den Fachkräftemangel von morgen müssen wir bereits heute angehen – und heute „auf Vorrat“ ausbilden. Das Wirtschafts- und das Arbeitsministerium sollen an einem Runden Tisch zusammen mit Verbänden, Kammern und Gewerkschaften eine regional angelegte Personalberatungsstrategie entwickeln. Mit diesen Initiativen soll den Unternehmen vor Ort bei der Bewältigung des demographischen Wandels geholfen werden. Dazu können beispielsweise regionale Arbeitskräftepools gebildet und mit Hilfe von Personallotsen den kleinen Unternehmen bei der Erstellung von Personalentwicklungskonzepten geholfen werden.

Darüber hinaus sollen solidarische Arbeitszeitmodelle genutzt werden, die eine Brücke zwischen älteren und jüngeren Arbeitnehmern schaffen. Das Land kann hier mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn fünf Mitarbeiter in Teilzeit gehen, kann ein junger Arbeitssuchender schrittweise in den Arbeitsablauf integriert werden. Das eröffnet Chancen sowohl für ältere Kollegen (Fortbildung/Altersteilzeit) als auch für junge Menschen (Weiterqualifizierung und erster Job).

In der Wirtschaft ist an vielen Stellen ein Trend zu beobachten, der über 50-Jährige aus dem Arbeitsleben fernhält. Die im Mai 2004 begonnene Innopunkt-Kampagne des Arbeitsministeriums „Neue Chancen für ältere Fachkräfte“ wirkt diesem falschen Trend entgegen. Auch in Zukunft wird Brandenburg Förderungen anbieten, die auf ein längeres Verbleiben von über 50-Jährigen im Arbeitsleben abzielen.

Hochschulen & Forschung weiter ausbauen

In Deutschland und Europa konkurrieren Regionen um kreative Köpfe. Deshalb werden wir in Brandenburg eine Kultur stärken, die dieses kreative Potenzial gewinnt und fördert. Wir müssen für ideenreiche Talente attraktiver werden – für Menschen die unser Land voranbringen. Unser Ziel ist die noch bessere Einbindung unserer aktiven Wissenschafts- und Forschungspolitik in die Entwicklung unseres Landes. Deshalb brauchen wir eine gut funktionierende Hochschullandschaft und ihre enge Verknüpfung mit Unternehmen. Denn wovon lebt unsere Wirtschaft? Wirtschaft lebt von neuen Ideen und unternehmerischer Innovation. Diese entstehen am besten in einer engen Zusammenarbeit von Forschung und Entwicklung mit Unternehmern. Ein Beispiel dafür ist die Kooperation zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und leistungsfähigen Forschungsinstituten, aus der die Biotechnologieregion Berlin-Brandenburg entstanden ist, die heute einen Spitzenplatz in Deutschland einnimmt.

Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft verbessern

Die Brandenburger Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, dass bereits zum Gründungsauftrag von Brandenburgs Hochschulen die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gehörte. An der Schnittstelle zwischen Forschung und Wirtschaft wirken die Technologie- und Innovationsberatungsstellen (TIBS), die an allen Hochschulen des Landes zu finden sind. Die über die Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) vernetzten Technologie- und Innovationsberatungsstellen sind Ansprechpartner für Unternehmen, die an den Hochschulen Forschungsaufträge auslösen wollen oder auch nur einen interessierten Diskussionspartner zur Optimierung ihrer Produktion oder ihres Dienstleistungsangebots suchen. Die Intensivierung der Beratungsangebote und

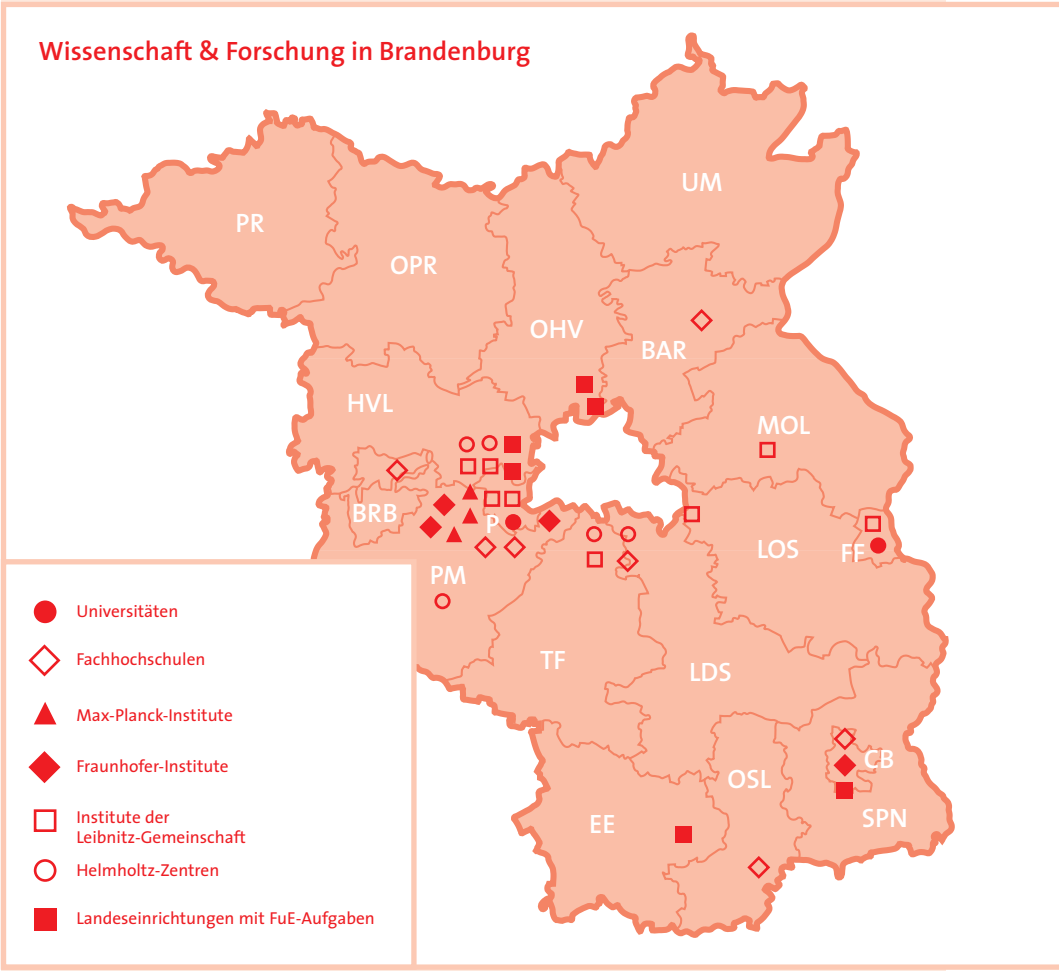
die Verbesserung der Kooperationsstrukturen werden wir weiter vorantreiben.

Zu unserer erfolgreichen Hochschulpolitik gehört die 2001 erfolgte Gründung des Brandenburgischen Instituts für Existenzgründung und Mittelstandsförderung (BIEM) als gemeinsames Institut der Universität und der Fachhochschule Potsdam. Das Institut verfolgt das Ziel, unternehmerisches Denken und Handeln stärker als bisher zu fördern und in den Köpfen der Studierenden zu verankern. Gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik wird den Studentinnen und Studenten das know-how für erfolgreiche Unternehmensgründungen und Betriebsführung vermittelt. Die Klaus-Krone-Stiftungsprofessur für innovative Dienstleistungen und technologieorientierte Existenzgründungen an der Fachhochschule Potsdam bildet eine der Säulen des Instituts. Mit ihr wird die Gründungskompetenz in Lehre, Forschung und Dienstleistung gestärkt und das Handwerkszeug zur Unternehmensführung praxisnah vermittelt. Wir unterstützen unsere Hochschulen deshalb bei der Einrichtung weiterer Stiftungslehrstühle, z. B. an der Technischen Universität Cottbus und an Fachhochschulen.

Für die zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind die Hochschulen wichtige Kooperationspartner. Mit gemeinsamen Berufungen werden Wissenschaftler der Forschungseinrichtungen in den Lehrbetrieb der Hochschulen eingebunden. Dies entlastet das Budget und schafft Synergieeffekte.

Raum Potsdam mit höchster Wissenschaftlerdichte Deutschlands

Im letzten Jahrzehnt sind in Brandenburg eine Reihe von wichtigen Forschungsinstitutionen angesiedelt worden. Jede der großen Forschungsgemeinschaften ist im Land Brandenburg vertreten. Allein im Jahr 2000 hat der Bund die Brandenburger Forschung mit € 245,3 Millionen unterstützt, der Ko-Finanzierungsanteil Brandenburgs belief sich auf rund € 200 Millionen. Mit 4.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hat der Raum Potsdam die größte Wissenschaftsdichte Deutschlands. Dies ist ein wichtiger Standortfaktor für innovative Unternehmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Niederlassung des weltweit zweitgrößten Softwareproduzenten Oracle und des Hasso-Plattner-Instituts in Potsdam bestätigen diesen Zusammenhang.



(Quelle: MWFK)

Die brandenburgischen Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass der Forschungs- und Wissenschaftshaushalt nicht gekürzt wird. In den kommenden Jahren wollen wir seinen Gesamtanteil am Landeshaushalt erhöhen.

Investitionen in Wissenschaft und Forschung eröffnen Perspektive, den erforderlichen Strukturwandel zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort voranzubringen. Zukünftige Märkte können nur erobert werden, wenn Wissenschaft und Wirtschaft eng kooperieren und zu einem Wachstumsmotor der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Vor allem auf den Gebieten Biotechnologie, neue Polymerwerkstoffe, Halbleiter und Verkehrssystemtechnik verfügt Brandenburg über hohe Forschungspotenziale und über erfolgreiche Unternehmen. Beispielsweise arbeiten im interdisziplinären Forschungsverbund „BioAnalytik" Universitäten und Forschungsinstitute der Region mit über 30 Unternehmen zusammen. Auch die Berlin-Brandenburger Initiative BioTOP gibt neue Impulse für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft. In spezialisierten Technologie- und Gründerzentren wie in den Biotechnologieparks Luckenwalde und Hermannswerder werden Ausgründungen durch günstige Rahmenbedingungen für innovative Existenzgründer aus Forschungs- und Entwicklungsgruppen des Bereichs Biotechnologie gefördert.

Hasso-Plattner-Institut Potsdam

Existenzgründungen erleichtern

Wir wollen den wissenschaftlichen Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft auch in Zukunft unterstützen und so den Fortzug von ausgründungswilligen Wissenschaftlern in andere Bundesländer begrenzen. Diese zukünftigen Unternehmer brauchen in der Startphase eine umfassende Betreuung und Unterstützung. 2004 wurde der erfolgreiche Lotsendienst für Existenzgründer erweitert und steht nun auch Hochschulabsolventen zur Verfügung.

Brandenburgische Unternehmen, die Forschungsaufträge an unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen vergeben (Drittmittel), sollen künftig bei der Vergabe von Fördermitteln vorrangig berücksichtigt werden.

Junge Betriebe sind für Brandenburg als Jobmotor von herausragender Bedeutung. Die Zwischen 1998 und 2002 in den neuen Ländern gegründeten Betriebe beschäftigen rund 11% aller Arbeitnehmer. Das Pilotprojekt „Erleichterung von Existenzgründungen aus Forschungseinrichtungen" soll von der Landesregierung weiter verfolgt werden. Die SPD in Brandenburg unterstützt die Bundesregierung bei der Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital (venture capital).

Hochschulen sollen sich stärker profilieren

Zurzeit studieren in Brandenburg etwa 38.000 junge Menschen – die Hälfte von ihnen sind Frauen. Im Jahr 2004 kommen 600 neue Studienplätze hinzu, bis 2007 werden in Brandenburg insgesamt 3.500 neue Studienplätze geschaffen. Der Anteil von ausländischen Studenten in Brandenburg beträgt 13,4% und liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 11,7%. Dies ist ein Zeichen für die hohe Qualität der Brandenburger Universitäten und Fachhochschulen. Die Frankfurter Europa-Universität Viadrina ist die einzige binationale Universität Deutschlands. Brandenburger Hochschulabschlüsse müssen national und international vergleichbar und von hohem Wert sein. Die gegenwärtigen Veränderungen in der Hochschulausbildung, so z.B. durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen und die konsequente Modularisierung der Studiengänge, führen zu einer stärkeren Differenzierung der Studienangebote und zur weiteren Profilbildung der Hochschulen.

Unser Ziel ist die stärkere Profilierung der einzelnen Hochschulen. Der Wettbewerb zwischen den Hochschulen ist notwendig und

produktiv. Wir werden die Voraussetzungen dafür weiter ausbauen. Doppelangebote müssen überprüft und auf Dauer vermieden werden. Um bundes- und europaweit dem Wettbewerb standhalten zu können, ist eine nachhaltige Spezialisierung der einzelnen Einrichtungen notwendig.

Mehr Freiheit für Lehre und Forschung

Innovationen und Kreativität lassen sich nicht verordnen, sie müssen wachsen und in einem guten Umfeld gedeihen können. Dafür brauchen die Hochschulen und Fachhochschulen mehr Luft für Lehre und Forschung. Wir wollen ihnen Schritt für Schritt mehr Freiheit zukommen lassen und dabei deutschlandweit eine Vorreiterrolle übernehmen. So soll der gesamte Hochschulbereich entbürokratisiert und so weit wie möglich unabhängig vom Wissenschaftsministerium werden. Die Studenten sind für die Hochschulen das Lebenselixier. Die Hochschulen sollen sich ihre Studenten selbst aussuchen können. Die Hochschulen sollen die Freiheit erhalten, ihre Professoren selbst auszuwählen und zu ernennen. Die Verbeamtung der Hochschullehrer steht dem Leistungsgedanken entgegen. Deshalb werden wir Brandenburger Sozialdemokraten im Bundesrat eine Initiative einbringen, um die Verbeamtung von Hochschullehrern zu beenden. Unser Ziel ist eine weitergehende Internationalisierung der Studentenschaft und des Lehrkörpers.

Wir wollen ein „Regine-Hildebrandt-Stipendienprogramm“ auflegen. Damit sollen Studierende und junge Wissenschaftler mit interessanten und neuen Forschungsansätzen unterstützt werden.

Leistungsorientierung der Hochschulen weiter stärken

Wir unterstützen die leistungsorientierte Mittelvergabe für alle Brandenburger Hochschulen, die in diesem Jahr eingeführt wird. Das heißt: Die Hochschulen bekommen vom Land ein Budget zugewiesen, mit dem sie eigenverantwortlich nach bestimmten Zielvorgaben wirtschaften müssen. Am Ende des Jahres wird abgerechnet. Haben sie bestimmte Zielvorgaben, wie Drittmitteleinnahmen, Internationalisierungsgrad und Absolventenzahlen nicht erreicht oder zu viele Studentinnen und Studenten, die die Regelstudienzeit längst überschritten haben, kann es zu Abstrichen im nächsten Budget kommen und gleichzeitig zur Umverteilung der Mittel zugunsten derjenigen Hochschulen, die ihr Soll erfüllt bzw. übererfüllt haben.

Die Hochschulen sollen zeitgemäße Weiterbildungsangebote entwickeln und mit diesem Angebot auf dem Weiterbildungsmarkt zusätzliche Einnahmen erzielen können. Die von der Fachhochschule Brandenburg gegründete „Agentur für wissenschaftliche Weiterbildung und Wissenstransfer“ (AWW) findet unsere nachdrückliche Unterstützung. Auch die Finanzierung der Agentur aus öffentlichen und privaten Mitteln ist beispielhaft. Die angestrebte Einrichtung eines virtuellen Bildungsportals für die Wirtschaft, öffentliche Einrichtungen und die Bürger ist eine zeitgemäße Nutzung der bestehenden Möglichkeiten und eröffnet auch für die Bürger Möglichkeiten zur Information und des Dialoges im Bereich Wissenschaft und Forschung.

Viadrina mit Vorbildwirkung

Die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) hat sich als Universität von Anbeginn international ausgerichtet. Seit langem ist sie das Tor Brandenburgs zum weiter wachsenden Europa. Die internationale Studentenschaft der Viadrina bestätigt dies auf eindrucksvolle und sehr anschauliche Weise. Die Branden-

Die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) - einzige binationale Uni Deutschlands

burger SPD unterstützt den Ausbau der Viadrina zu einer internationalen Stiftungsuniversität, die vom Bund und vom Land Brandenburg gemeinsam mit Frankreich und Polen getragen wird. Wir werden eine Initiative ergreifen, um die Unterstützung des Bundes für dieses Vorhaben zu erreichen.

Wir stehen der Umwandlung der Universitäten im Lande zu Stiftungsuniversitäten positiv gegenüber und unterstützen diesen Ansatz der Viadrina auch für andere Hochschulen im Lande. Höhere Effizienz im Wissenschaftsbetrieb ist ein vorrangiges Ziele sozialdemokratischer Wissenschaft- und Forschungspolitik. Die knappen zur Verfügung stehenden Mittel sind dabei optimal einzusetzen.

Kinder- und Schüleruniversitäten öffnen Horizonte

Unsere Wissenschaftler und Professoren sollten den Weg aus ihren Instituten ins Land suchen. Lesungen und Vorträge in den Regionen können die Distanz zwischen hochwissenschaftlicher Forschung und der Bevölkerung auf praktische Weise verringern. Dies ist ein interessanter Beitrag, um über Entwicklungschancen unseres Landes zu diskutieren. Eine weitere Möglichkeit, um das Interesse an den Hochschulen unseres Landes zu wecken, sind „Kinder- und Schüler-Unis“.

2. Gute Bildung muss Schule machen

Bildung ist mehr denn je der Schlüssel für den gesellschaftlichen Wohlstand. Wir wollen das Bildungssystem im Land so gestalten, dass es Chancen für alle Menschen im Land bietet, unabhängig davon, wo sie wohnen, und unabhängig von ihrem Geldbeutel.

Unser Land braucht ein leistungsfähiges Bildungssystem. Unser Ziel ist, dass alle Kinder, in hellen, lebensfreundlichen und baulich gut ausgestatteten Kindertagesstätten und Schulen lernen können und dabei bestmöglich auf ihr Leben, Gesellschaft und Beruf vorbereitet werden. Bildung eröffnet den Weg zu einer größeren Gerechtigkeit bei der Verteilung von Lebenschancen.

Wir setzen uns für eine möglichst lange Phase gemeinsamen Lernens von Stärkeren und Schwächeren ein. Eine zu frühe Sortierung der Schüler verfestigt soziale Unterschiede im Bildungssystem, anstatt die Chancengleichheit zu befördern. Die Stärkeren, das zeigen alle Studien, sind dadurch keineswegs benachteiligt.

Bildung steht im Mittelpunkt

Wir sind darauf angewiesen, alle Leistungspotenziale unseres Landes optimal zu fördern und zu entwickeln. Bildung und Ausbildung sind die entscheidenden Grundlagen einer modernen Wissensgesellschaft. Sozialdemokraten in Brandenburg arbeiten deshalb konsequent daran, gleiche Bildungschancen für alle Brandenburger zu gewährleisten, in den Städten und auf dem Lande.

Wir brauchen leistungsfähige Schulen in zumutbarer Entfernung, die für die Schülerinnen und Schüler alle im Lande erreichbaren Abschlüsse anbieten. Unsere Schulen sollen unsere Kinder zu Abschlüssen führen, die auch international einem hohen Standard entsprechen. Die weitere Verbesserung der Qualität ist das vorrangige Ziel sozialdemokratischer Schulpolitik in Brandenburg.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule

Bildung darf nicht erst in der Schule beginnen, sondern bereits in der Kindertagesstätte. Die Verbesserung der Bildungsarbeit der Kindertagesstätten ist daher ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik. Das Land hat den Bildungsauftrag der Kitas konkretisiert

und Bildungsstandards entwickelt. Eltern werden regelmäßig über die Entwicklungsfortschritte ihrer Kinder informiert. Brandenburg ist Vorreiter bei der wissenschaftlichen Entwicklung und Überprüfung der Qualität der Arbeit der Kitas, die zur Regel werden muss.

Brandenburg belegt bei der Versorgung mit Kindertagesplätzen im bundesdeutschen Ländervergleich einen Spitzenplatz. Darauf sind wir stolz. Trotz knapper öffentlicher Mittel bleibt auch zukünftig der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz bestehen. Nur so ist es für Frauen und Männer möglich, Berufstätigkeit und Familienleben zu vereinbaren.

Solange Sozialdemokraten in Brandenburg regieren, werden wir dafür sorgen, dass sich Familien in Brandenburg nicht zwischen Beruf oder Kindern entscheiden müssen. Unsere moderne Gesellschaft braucht ein zeitgemäßes Bild von Familie und die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Gute Grundschule ist sicheres Fundament für bessere Bildung

Kinder können ab dem Jahr 2005 mit fünfeinhalb Jahren in die Schulen gehen – damit werden frühe Lernpotenziale besser genutzt. Derzeit bieten 76 Grundschulen im Lande eine flexible Eingangsphase (FLEX) an. Sie unterstützt einen erfolgreichen Übergang von der Kita in die Schule unter Berücksichtigung der vorhandenen unterschiedlichen Leistungsfähigkeit von Schulanfängern. Ziel ist es, alle Kinder termingemäß in die Grundschule aufzunehmen und Zurückstellungen zu vermeiden. Hierauf wird auch zukünftig die besondere Aufmerksamkeit einer erfolgreichen sozialdemokratischen Bildungspolitik liegen. Wir führen bereits in der 1. Klasse eine erste Fremdsprache ein.

Lesen und Rechnen werden zukünftig mehr denn je die Schwerpunkte an den Grundschulen sein. Nur Berlin und Brandenburg bieten bundesweit den Weg einer langen integrativen Phase des gemeinsamen Lernens in der Grundschule. Dies entspricht voll und ganz den positiven Ergebnissen, die die PISA-Studie in dieser Hinsicht gebracht hat. Wir treten dafür ein, dass unsere Kinder möglichst lange zusammen lernen. Wir halten deshalb

an der sechsjährigen Grundschule fest. Die qualitative Verbesserung der sechsjährigen Grundschule und der reibungslose Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe muss gewährleistet werden. Wir haben in den letzten Jahren die Stundenzahl für Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache spürbar erhöht. Damit ist Brandenburg in die Gruppe der Besten aufgerückt.

Einfaches zweigliedriges Schulsystem

Die PISA-Studie hat bestätigt, wie wichtig Investitionen in Bildung sind. Die Bildungspolitik der SPD in Brandenburg zieht deshalb entschlossen Konsequenzen. Wir haben viel erreicht, doch wir haben noch viel zu tun. Ein klares, übersichtliches Schulangebot in Brandenburg ist das Ziel sozialdemokratischer Schulpolitik: ein leistungsfähiges zweigliedriges Schulsystem, dass nach der sechsjährigen Grundschule die Wahl zwischen Sekundarschule und Gymnasium bietet. Die allgemeine Einführung der Sekundarschule, die alle Abschlüsse an einer Schulstufe ermöglicht, ist ein vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Schulpolitik. Sie ermöglicht auch vermehrt Unterricht im Klassenverband. Die Sekundarschule ist geeignet, bei zurückgehenden Schülerzahlen auch auf dem Lande, Schulstandorte und damit eine wohnortnahe Versorgung zu sichern, indem sie ein Angebot für alle Schüler macht. Nicht zuletzt ist auch dies eine Frage der Chancengleichheit für alle Schüler und damit eine Frage der Gerechtigkeit.

SPD setzt sich für sechsjährige Grundschule ein

Das 6 + 6 Modell – sechs Jahre Grundschule und anschließend sechs Jahre bis zum Abitur – verkürzt die Schulzeit auf 12 Jahre. Wir brauchen in Zukunft mehr hoch qualifizierte Fachkräfte. Deshalb soll die Abiturientenquote langfristig auf 50% steigen. Wir wollen mehr Leute „schlau“ machen, ohne die Qualität der Ausbildung zu senken. Dass dies geht, zeigen Länder wie Finnland.

Kinderbetreuung und Schulen in Finnland gehören zu den besten in Europa. Matthias Platzeck informierte sich über das finnische Modell im Mai 2004 in der Stadt Jyväskylä.

Bereits heute gibt es im Land 78 Ganztagsschulen, die umfangreiche Bildungsangebote für Kinder anbieten. Bis 2007 stellt die Bundesregierung € 130 Millionen für Ausbau und Einrichtung von Ganztagsschulen in Brandenburg zur Verfügung. Mehr als die Hälfte der Schulen in der Sekundarstufe I werden wir zu Ganztagsschulen ausbauen. Parallel zum Ausbau des Ganztagsschulnetzes unterstützen wir die Verzahnung von Hort und Schule. Die zunehmende Zahl von Ganztagsschulen erfordern eine stärkere Kooperation von Schule und Jugendarbeit. Wir werden uns für eine verbesserte Zusammenarbeit einsetzen, um Schulen stärker zu Orten des öffentlichen Lebens zu machen.

Zentralabitur ab 2005

Wir werden eine Reihe von Wirkungskontrollen durch zentrale Tests und Prüfungen einführen. Im Schuljahr 2004/2005 wird das Zentralabitur nach guter Vorbereitung eingeführt. Es ist wichtig zu prüfen, was die Schüler gelernt haben und was sie beherrschen. Klare Signale müssen gegeben werden: auch zukünftig wird das Arbeits- und Sozialverhalten, die Lerndisziplin sowie Team- und Urteilsfähigkeit der Schüler eingeschätzt.

Wichtig ist aber auch: Standards und Tests allein machen noch keine guten Schüler. Wie jeder Bauer weiß: Vom Wiegen wird die Sau nicht fett, so weiß auch jeder Pädagoge: Vom Prüfen allein wird der Schüler nicht schlauer. Das oberste Ziel der sozialdemokratischen Bildungsoffensive ist es, die Bildungsqualität der brandenburgischen Schulen zu erhöhen. Schüler mit Lernschwächen müssen von Anbeginn konsequent gefördert werden. Intensive individuelle Zuwendung von Pädagogen helfen den Schülern dabei, erkannte Defizite zu überwinden und so ihre und die Gesamtleistung aller Schüler zu steigern. Das ist das Grundprinzip einer erfolgreichen Schule – wie in Finnland. Zu einem zweigliedrigen Schulsystem gehört eine hohe Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Wir wollen, dass die Potenziale aller unserer Schüler optimal gefördert und entwickelt werden.

Gute Lehrer haben gute Schüler

Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend für die Motivation der Lehrer. Eine Vereinbarung der Landesregierung mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sieht vor, das Modell der Teilzeitbeschäftigung bis 2011 zu überwinden. Verbeamtete Lehrer werden ab Sommer 2008 in Vollzeit beschäftigt. Wir streben an, rund 300 Neueinstellungen von jungen Lehrern pro Jahr vorzunehmen, um das Durchschnittsalter der Lehrer nicht weiter steigen zu lassen. Die Schüler-Lehrer-Relation von derzeit 16 Schülern pro Lehrer werden wir weiter verbessern.

Die Voraussetzungen für erfolgreiche Schüler sind gute Lehrer sowie gute Lernbedingungen. Die Motivation der Pädagogen und ihre Liebe zum Beruf sind die Voraussetzung für einen freundlichen und liebevollen Umgang mit Kindern und Jugendlichen. Das ist die Basis für eine erfolgreiche Schule. Das Erziehungsziel der Schule sind heute mehr denn je selbstbewusste und sozial kompetente Schüler mit einer breiten Wissensbasis.

Enge Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Schülern und Eltern

Der Beruf des Lehrers hat unsere hohe Wertschätzung. Gleiches gilt auch für das schulische Engagement der Eltern, der Verbände, der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Nicht nur die Schüler müssen lernen, sondern auch die Lehrer und die Institution Schule. Wir werden die Schule für die Eltern öffnen, so dass Eltern in den Unterricht ihrer Kinder gehen können.

Um dem Problem der Schulverweigerung zu begegnen, werden unter anderem so genannte Verhaltensvereinbarungen zwischen Eltern, Lehrkräften und Schülern geschlossen.

Lebenslanges Lernen ist auch für die Lehrenden eine unerlässliche Aufgabe. Ein Lehrerbildungsprogramm für berufsbegleitende Weiterbildung wird fortgeführt.

Für den Lehrerbedarf ab 2010 muss die Ausbildung heute begonnen werden. Der Lehrerberuf muss zudem geöffnet werden für Bewerber mit Diplom- und Magisterabschlüssen. Um eine laufende Qualitätskontrolle zu gewährleisten, führen wir eine regelmäßige Qualitätskontrolle an öffentlichen Schulen ein. Privatschulen müssen prinzipiell für alle Schüler offen sein.

Gut lernen kann man nur in einer guten Umgebung. Der weitere Ausbau und die Sanierung von Schulgebäuden werden fortgesetzt. Alle Schüler bekommen einen E-mail-Zugang. Mit Hilfe des Ganztagsschulen-Programms des Bundes wollen wir die Bibliotheken zum Mittelpunkt der Schulen ausbauen. Wir wollen Brandenburgische Unternehmen als Partner gewinnen, die sich beispielsweise mit Bücherspenden für Schulbibliotheken in ihrer Nähe engagieren.

3. Politik für Familien

Unsere älter werdende Gesellschaft braucht wieder mehr Kinder. Eine neue Familienpolitik mit einem neuen Familienbild muss dem Rechnung tragen. Familie ist dort, wo Kinder sind. Familie ist aber auch wieder da, wo Oma und Opa sind. Familie ist dort, wo Alt und Jung zusammenleben, sich umeinander kümmern, manchmal auch unter einem Dach leben. Familien sind der Ort, wo Solidarität gelernt und gelebt wird. Diese Solidarität, die auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Generationen setzt und Verantwortung füreinander nicht nur dem Staat überträgt, steht im Mittelpunkt unserer Politik.

Familienpolitik kann nur auf der Grundlage von gegenseitiger Toleranz gelingen. Zusammenhalt, Rücksichtnahme und eine selbstverständliche und gerechte Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau haben in der Familie ihren ursprünglichen Ort, an dem sie gelebt und erfahren werden. Hier lernen Kinder von klein auf die gesellschaftlichen Werte kennen, die für den inneren Zusammenhalt nicht nur der Familien, sondern der ganzen Gesellschaft entscheidend sind. Diesen Werten ist sozialdemokratische Familienpolitik verpflichtet. Sie haben Gültigkeit in traditionellen Familienformen, in der Kleinfamilie, der Ein-Elternfamilie und auch in Lebens- und Familienverhältnissen von gleichgeschlechtlichen Partnern.

In Brandenburg sollen wieder mehr Kinder geboren werden

Dieses moderne Familienbild wollen wir in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Wir wollen Brandenburg zu einem der familienfreundlichsten Länder Deutschlands machen. Kinder und Familien sollen sich hier wohl fühlen. Dazu müssen wir an vielen Stellen unser Land und unsere Kommunen umgestalten. Wir wollen neue Spielräume gewinnen und dazu nutzen, den solidarischen, das heißt den kinder- und seniorenfreundlichen Umbau unserer Städte und Kommunen zu organisieren.

Seit Jahrzehnten sinken in Deutschland die Geburtenraten. Heute hat eine Frau – statistisch betrachtet – nur noch 1,2 Kinder. In der Folge schrumpft unsere Bevölkerung. Das hat große Auswirkungen auf unsere Sozialsysteme. Sozialdemokraten stellen sich dieser großen, alle Lebensbereiche erfassenden Aufgabe mit Entschlossenheit und klaren Zielen . Es geht im Grunde um nichts Geringeres als die Ret-

tung des Sozialstaates durch seinen Umbau. Heute kommen noch vier Erwerbstätige für einen Rentenbezieher auf. In 30 Jahren werden zwei Beitragszahler für einen Rentner aufkommen. An diesem Beispiel wird deutlich, dass unser Sozialsystem, so wie es heute ist, nicht bleiben kann. Immer weniger junge Menschen können nicht immer mehr alte Menschen versorgen. Wir wollen, dass wieder mehr Kinder in Brandenburg geboren werden.

Bündnis für Familien auf den Weg bringen

Eine Konsequenz daraus kann nur sein: Alles in unserem Land wird auf Familien- und Kinderfreundlichkeit hin durchforstet und auf Zielgenauigkeit und Effizienz überprüft. Brandenburg soll wieder ein Land mit einer gesicherten Zukunft für Kinder und damit für uns alle werden.

Wir wollen in Brandenburg ein „Bündnis für Familien“ schmieden. Dazu wollen wir die Familienverbände, die Gewerkschaften, die Unternehmen, die Kommunen und herausragende Persönlichkeiten im Land gewinnen. Mit dem Bündnis sollen konkrete Maßnahmen verabredet werden, wie wir das Klima für Familien in Brandenburg verbessern können.

Familienpolitik ist Investition in die Zukunft

Wir brauchen einen neuen, modernen Investitionsbegriff. Konservative Politik definiert die Ausgaben für Erziehung und Betreuung von Kindern als Konsumausgaben im Gegensatz zu Investitionsausgaben. Diesen überholten Investitionsbegriff teilen wir nicht. Ausgaben für unsere Kinder sind Investitionen in unser aller Zukunft.

Das Kindergeld ist ein zentrales Element der Familienpolitik. Daneben sollen aber verstärkt Mittel für die Förderung einer kinderfreundlichen Infrastruktur eingesetzt werden. Vor allem die Sicherung der Kita-Versorgung im Land ist eine wichtige Aufgabe. Der hohe Versorgungsstandard mit Kitaplätzen in Brandenburg ist kein Luxus, sondern für die Familien die Voraussetzung für die Vereinbarung von Kindererziehung und Beruf. Insbesondere Frauen wären andernfalls klar benachteiligt. Eine gute Versorgung mit Kindertagesstätten ist eine wichtige Maßnahme, um Eltern und Kinder im Land zu halten.

Wir brauchen mehr Familienfreundlichkeit – überall

Soziale Kompetenzen sind ein wichtiger Bestandteil moderner Wirtschaftsformen. In den Familien werden dafür grundlegende Fähigkeiten wie Verantwortung, Fürsorge, Kommunikation oder Organisieren von Netzwerken erworben. Auch unsere Unternehmen können einen wichtigen Beitrag zur Familienfreundlichkeit leisten, wie beispielsweise durch flexible Arbeitszeiten oder Fortbildung während Elternzeiten. Viele Unternehmen wissen, wie wichtig eine gute Kinderbetreuung ist, die es den Eltern erlaubt, arbeiten zu gehen. Wir begrüßen deshalb die Einrichtung von Betriebskindergärten oder Verbund-Kitas für kleine Unternehmen. Sie führen zu kurzen Wegen zwischen Wohnung, Kita und Arbeitsplatz und können sich besser auf bedarfsgerechte Betreuungszeiten wie Schichtdienst einstellen. Daneben werden wir in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden und anderen Initiativen – ähnlich wie in Frankreich – Babysitter-, Tagesmutter- und Pflege-Zentralen einrichten. Sie sollen einspringen, wenn Hilfe nötig ist und qualifizierte Unterstützung für Familien bieten. Auch wenn es mal schnell gehen muss. So können ganz praktisch das Familienleben erleichtert, Beruf und Familie besser unter einen Hut gebracht werden. Gleichzeitig bekämpfen wir mit solchen Zentralen die Schwarzarbeit.

Die Brandenburger Sozialdemokraten sprechen sich nachdrücklich für den Ausbau der bisherigen Aktivitäten der Landesregierung bei der Elternbildung aus. Wir stärken die Familienbildung – und wollen sie den zukünftigen Eltern bereits vor der Geburt ihres Kindes anbieten. Bereits jetzt erhalten Eltern, die Erziehungsgeld beantragt haben, bei zur Vorbereitung auf ihre künftigen elterlichen Aufgaben kostenfrei so genannte Elternbriefe für die ersten sechs Lebensmonate ihres Kindes und Familienratgeber. Wir wollen, dass alle zukünftigen Eltern nunmehr den kompletten Satz der Elternbriefe, von der Geburt bis zum 8. Lebensjahr, kostenfrei bekommen können. Kindertagesstätten sollen vermehrt auch Orte für Familienbildung sein, um Hilfestellung für Familien wohnort- und lebensnah anzubieten.

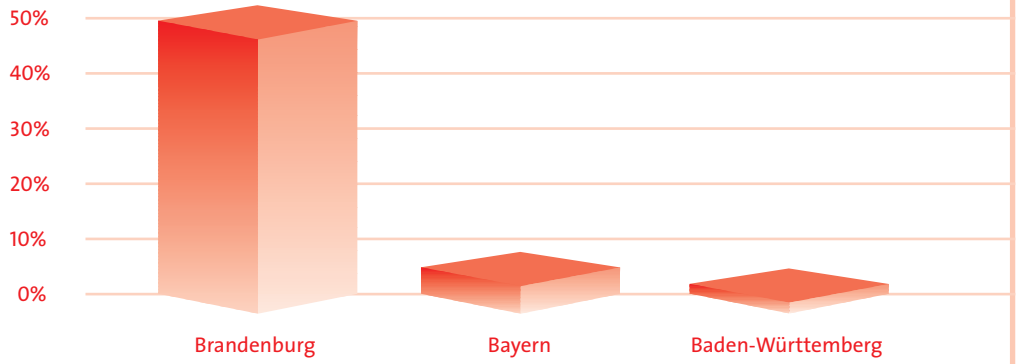
Kostenloses vorschulisches Lernjahr für alle Kinder

Sozialdemokraten in Brandenburg setzen sich dafür ein, das letzte Kita-Jahr vor Beginn der Schulpflicht für alle Kinder beitragsfrei

zu gestalten. Dafür setzen uns bei der Bundesregierung für eine Besserstellung der Länder beim Finanzausgleich ein. Der Schwerpunkt dieses letzten Kita-Jahres sollte im Bereich vorschulischer Bildungsangebote liegen.

Der Beruf der Erzieherin und des Erziehers muss aufgewertet werden. Er soll attraktiver für Männer werden und nicht eine typische Frauendomäne bleiben. Die Arbeit für unsere Jüngsten hat eine hohe Anerkennung verdient. Wir wollen die Ausbildung im Kita- und Grundschulbereich durch Fort- und Weiterbildung verbessern und schrittweise in eine Hochschulausbildung überführen. Damit geht auch eine verbesserte Bezahlung einher.

Versorgungsgrad Kindertagesstätten (und Tagesmütter) für 0-3jährige



(Quelle: MBJS 2003)

Wir setzen uns bei den anderen Bundesländern für die Schaffung eines Kinder-Radios nach dem Vorbild des Kinderkanals ein. Dieser Sender soll seinen Sitz in Potsdam haben.

Das Land soll sozial schwachen Familien auch weiterhin Möglichkeiten zu Familienurlaub im Abstand von zwei Jahren in Brandenburg gewähren. Der Familienurlaub soll mit Familienbildung einhergehen. Das Netzwerk der Frauenhäuser als Zuflucht vor Gewalt soll erhalten bleiben.

Die Brandenburger Sozialdemokraten unterstützen die Vorschläge der SPD im Bund, gering verdienenden Eltern monatlich bis zu 140 € zusätzlich zu zahlen, wenn Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt werden. Wir begrüßen die Gewährung eines neuen Steuerfreibetrages von 1.300 € für nicht in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebende allein Erziehende. Weiter sollen mittelfristig Kinder- und Familienkassen als einzige Anlaufstelle für Eltern eingerichtet werden, um die 38 Stellen zu ersetzen, die heute mit der Genehmigung oder Auszahlung von insgesamt 155 verschiedenen Leistungen befasst sind.

Familien helfen

Die Brandenburger SPD wird eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes (zuständig Bund und Länder) ergreifen. Zurzeit tritt der Staat lediglich bis zum 12. Lebensjahr für säumige Unterhaltspflichtige in Vorleistung. Dieser Zeitraum sollte erweitert werden, um so allein erziehende Eltern besser zu unterstützen. Darüber hinaus muss es eine Beweislastumkehr bei nicht erfolgter Unterhaltszahlung zugunsten der Kinder geben. Die Brandenburger Sozialdemokraten werden ferner dafür eintreten, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, säumigen Vätern, die sich ihren Unterhaltsverpflichtungen entziehen, den Führerschein zu entziehen. Dies hat sich in anderen Ländern als ein sehr wirksames Mittel erwiesen. Bisher geht das Land mit erheblichem Einsatz in die Vorleistung und verzichtet in nennenswertem Umfang auf nicht zurückfließende Mittel. Die durch eine solche Neuregelung eingesparten Mittel sollen in die Familienpolitik fließen.

Familie = Jung + Alt

Zum schönen Lebensabend braucht es nicht nur Geld, sondern auch verlässliche Beziehungen zu Freunden und zur Familie. Familie ist da, wo Kinder sind und sollte auch da sein, wo es zu versorgende Eltern gibt. Familienpolitik muss in Zukunft die Generationenbeziehungen stärken. Nicht alles wird der Staat regeln können. So wie es selbstverständlich ist, dass Kinder und Berufstätigkeit miteinander vereinbar sein müssen, so wird dies sicher zukünftig auch in größerem Umfang für die Vereinbarkeit von Pflege der Eltern durch ihre Kinder und deren Berufstätigkeit gelten. Schon heute gehen viele Arbeitnehmer in Teilzeit, um sich ihren alt gewordenen Eltern widmen zu können. Sicherlich kehrt die alte Großfamilie nicht wieder, in der drei Generationen unter einem gemeinsamen Dach lebten. Unser Ziel ist jedoch, dass möglichst viele Menschen zu Hause gepflegt werden können. Hier stehen wir erst am Anfang.

Plakat der Landesaktion „Keine Gewalt gegen Frauen“

An vielen Stellen im Land werden bereits heute Begegnungsstätten und Nachbarschaftszentren für Jung und Alt ausgebaut. Wir unterstützen diese Entwicklung, die zu einem Miteinander von Jung und Alt, zu gegenseitiger Toleranz und Hilfe führt.

Unseren Älteren eine lebenswerte Zukunft in Brandenburg

Wir halten uns an das in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in Artikel 21 festgeschriebene Diskriminierungsverbot aus Gründen des Alters und setzen uns für die Umsetzung in nationales Recht ein. Wir unterstützen die Forderung des Landesseniorenrats nach einem Bundesseniorengesetz.
Das ehrenamtliche Engagement der älteren Mitbürger ist bereits jetzt überdurchschnittlich groß. Die aktive Mitwirkung in Verbänden, Vereinen und Organisationen im Land durch die Älteren ist vorbildlich.

Es wird sich positiv auswirken, wenn zwischen jungen und älteren Menschen persönliche Kontakte entstehen, die zu einem Miteinander von Jung und Alt, zu gegenseitiger Toleranz und Hilfeleistung führen. Dabei wollen wir stärker als bisher die Erfahrungen der Älteren in allen Lebensbereichen nutzen. So werden wir beispielsweise die stärkere Mitarbeit von älteren Frauen und Männern in der Ganztagsschule ermöglichen.

Die Gleichstellungsbeauftragten der Kommunen sollen wieder gestärkt werden. Wir wollen sowohl die kommunalen Seniorenbeiräte als auch die Kinder- und Jugendparlamente mit ihren Rechten und Pflichten in die Brandenburger Kommunalverfassung aufnehmen, damit in allen Kommunen Kindern, Jugendlichen und Senioren geeignete Mitwirkungsrechte eingeräumt werden.

Pflegeinfrastruktur verdichten

Zukünftig wird eine vernetzte und integrierte medizinische und pflegerische Versorgung gebraucht. Das Investitionsprogramm Pflege hat die Pflegeinfrastruktur Brandenburgs auf einen modernen Stand gebracht. Angesichts der Ausgangssituation ist dies eine besonders hervorzuhebende Leistung.

Im Jahre 2003 ist in Brandenburg eine neue Berufsausbildung zum Altenpfleger angelaufen. In den Bereichen Gesundheit und Pflege wird aufgrund der demographischen Entwicklung zukünftig ein großes Potenzial für neue Berufsbilder und neue Arbeitsplätze entstehen. Denn bis 2015 wird die Zahl der Pflegebedürftigen in Brandenburg voraussichtlich um die Hälfte auf etwa 90.000 steigen. Auch hier trifft zu, was im Bereich der Erzieher für unsere Jüngsten gilt: Die hier entstehenden Tätigkeitsfelder sollten auch für Männer attraktiv sein. Das Land wird diese Entwicklung mit einer Werbekampagne für Männer im Pflege-, Grundschul- und Kitabereich unterstützen. Der Arbeitsmarkt wird sich hier sehr dynamisch entwickeln und viele neue Chancen bieten. Die Menschen müssen diese neuen Chancen ergreifen.

Familie und Beruf besser vereinbaren

Eine wesentliche Verbesserung für die Situation von Familien lässt sich nur erreichen, wenn Familie und Arbeit besser miteinander vereinbar sind. Eine entsprechende Flexibilisierung der Arbeitszeit ist in großen Unternehmen bereits häufig Realität: elastische Jahresarbeitszeit, Gleitzeit, web-working oder Jobsharing sind Beispiele dafür. 90% der Brandenburger Unternehmen haben jedoch weniger als 20 Beschäftigte. Die Brandenburger Sozialdemokraten unterstützen die Anerkennung und Auszeichnung von familienfreundlichen Unternehmen. Nur mit familienfreundlicheren Strukturen in der Arbeitswelt lässt sich wirklich mit Chancengleichheit für Männer und Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verwirklichen. Die Förderung von Modellprojekten zur Heimarbeit, die vernünftigen sozialen Standards genügt, kann ebenfalls einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie leisten.

Ehrenamtliches Engagement fördern

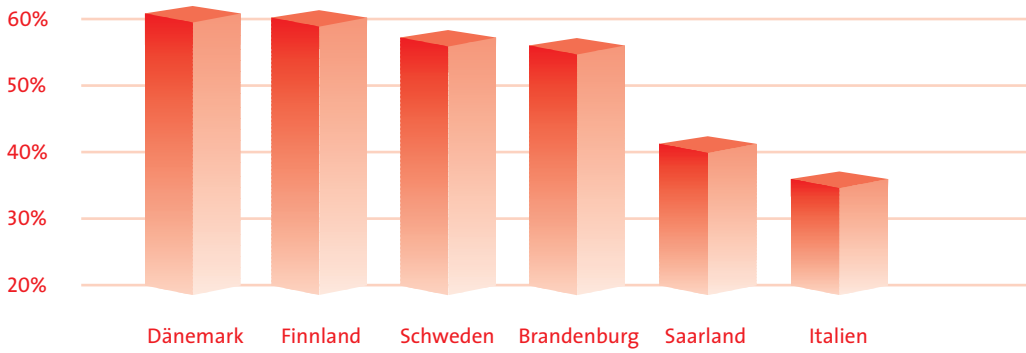
Das ehrenamtliche Engagement unserer Bürger ist für die Gemeinschaft unverzichtbar. Eigeninitiative in den Vereinen und Nachbarschaften, in den Gemeinden und Stadtteilen entsteht an den Graswurzeln der Gesellschaft. Wir brauchen diese Kreativität und Autonomie der Gesellschaft, genauso wie dieses Engagement Freiräume braucht. Wir bauen Brandenburg auf einer lebendigen Kultur des Mitmachens, des Einmischens und des Wahrnehmens von Verantwortung auf. Eigeninitiative und Gemeinsinn benötigen Anerkennung und Voraussetzungen, unter denen sie sich kreativ entfalten können. Wir wollen diese Bedingungen schaffen und weiter sichern. Die Finanzierung des Sports wird auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau fortgeführt. Dazu trägt die verbesserte Finanzausstattung über die Lottomittel des Landes bei.

Initiativen der Bundesregierung unterstützen

Im Sommer 2001 hat der Bundestag das Lebenspartnerschaftsgesetz verabschiedet, das es gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht, eine eheähnliche Partnerschaft einzugehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die im Bundesrat noch nicht verabschiedeten Teile des Gesetzes, die die Rechten und Pflichten der Lebenspartnerschaft regelt, schnell umgesetzt werden. Dazu gehört nach unserer Ansicht auch ein Adoptionsrecht für Lebenspartnerschaften.

Die Bundesregierung hat mit Unterstützung von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden, den Kirchen und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen ein Zuwanderungsgesetz auf den Weg gebracht. Damit solleine vernünftige Rechtsicherheit für den Aufenthalt und die Integration von Ausländern in Deutschland geschaffen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Gesetz den Bundesrat schnellstmöglich passieren kann.

Brandenburg hat die vierthöchste Frauenerwerbsquote in Europa.



(Quelle: Eurostat 2002)

Solidarität zwischen Stadt und Land organisieren

Die demographische Entwicklung in den nächsten Jahren hat Konsequenzen für alle Generationen, für alle gesellschaftlichen Gruppen und Schichten, für das solidarische Miteinander, für die Wirtschaft und für das kulturelle Leben im ganzen Land. Die Landesregierung soll deshalb einen Runden Tisch „Brandenburg - Zurückgehende Bevölkerung, Konsequenzen und Aufgaben“ ins Leben rufen. An diesem Runden Tisch sollen Vertreter aller relevanten Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft, der Kirchen, der Kulturschaffenden, und des Staates beteiligt sein. Er soll das Bewusstsein über die Veränderungen, die sich durch Alterung und Rückgang der Bevölkerung ergeben, schärfen und Vorschläge für einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ entwickeln.

Brandenburg setzt sich bei der Bundesregierung dafür ein, ein „Zentrum für Demografie" einzurichten. In einem solchen Institut sollen Erkenntnisse und Ideen zum demographischen Umbau von Kommunen, Gemeinschaft und Unternehmen entwickelt, gesammelt und ausgewertet werden – denn noch stehen wir heute erst am Anfang des Umbruchs. Gemeinden und Betriebe sollen praxisnah beraten werden.

Wir wollen die Solidarität zwischen Stadt und Land, zwischen Berliner „Speckgürtel“ und dem äußeren Entwicklungsraum, stärken. Dazu brauchen wir in den nächsten Jahren Kreativität, Experimente und Modellprojekte, wie unsere Gemeinschaft den demografischen Wandel gestaltet. Manchmal erscheinen Lösungen auf den ersten Blick absurd, weil überraschend oder paradox. Schädlich sind neue Gedanken auf keinen Fall.

4. Stadt, Land, Fluss: Kommunen stärken.

Infrastrukturentwicklung: Mobilität ausbauen.

Die Bevölkerungsstruktur des Landes Brandenburg wird sich bis zum Jahr 2020 stark verändern. Zum einen wird der Anteil der älteren Mitbürger (über 65-Jährige) um 44% ansteigen. Im gleichen Zeitraum wird auch der Anteil der unter 15-Jährigen um 19% sinken. Gleichzeitig gibt es aber auch große regionale Verschiebungen. So wird der engere Verflechtungsraum um Berlin bis 2020 etwa 60.000 Einwohner gewinnen, während die ländlichen Regionen Brandenburgs ca. 240.000 Menschen verlieren werden. In einigen Orten im Land sind die Einwohnerzahlen seit der Wende um bis zu einem Drittel geschrumpft. Im ländlichen Raum wird sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren noch einmal deutlich beschleunigen, während Kommunen im Verflechtungsraum um Berlin bis zu 20% an Einwohnern gewinnen werden. Von dieser Entwicklung werden alle Lebensbereiche unserer Kommunen betroffen sein. Wir müssen dies als Chance begreifen und unsere Kommunen auf kreative Weise senioren- und familiengerecht umbauen.

Wir wissen: auch in den dünn besiedelten Gegenden unseres Landes brauchen wir Arbeitsplätze und Perspektiven. Wir müssen Menschen aber auch zumuten, längere Wege zum Arbeitsort zurückzulegen. Wir wollen für gute Verkehrsverbindungen sorgen, mit denen die Menschen gut und sicher zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln können.

Ländliche Räume vernetzen

Deshalb ist es unser Ziel, dass auch die ländlichen und entfernteren Regionen gut an die Mitte des Landes angebunden sind Dazu sollen die Fernstraßenverbindungen in die Regionen weiter ausgebaut werden. Im Bundesverkehrswegeplan sind dazu die wichtigsten Weichen gestellt worden, und bis 2015 werden über 2 Milliarden € für Brandenburg bereitgestellt. So wird die Prignitz von der neuen Autobahn A14 von Magdeburg nach Schwerin profitieren. Wir streben einen Baubeginn im Jahr 2008 an. Als Gesamttrassen werden unter anderem die Oder-Lausitz-Straße, die B101 von Berlin über Luckenwalde-Jüterbog nach Herzberg, die B87 von Frankfurt (Oder) über Beeskow-Lübben nach Leipzig und die B96 von Oranienburg über Gransee-Fürstenberg nach Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Wir werden die Sanierung der

Landesstraßen fortsetzen und den Schwerpunkt auf verbesserte Ortsdurchfahrten legen.

Wir wollen das erfolgreiche Regionalexpressnetz weiter ausbauen und die Fahrzeiten so verkürzen, dass alle großen Orte des Landes innerhalb von 90 Minuten mit dem Raum Berlin-Potsdam verbunden sind. Bis zum Jahr 2007 sollen 200 Brandenburger Bahnhöfe modernisiert werden. Der Wettbewerb im Schienenverkehr soll konsequent durchgesetzt werden. Mehr Wettbewerb bedeutet: Mehr Qualität, mehr Service und mehr Leistung für die Fahrgäste zu geringeren Kosten. Wir wollen die Randregionen Brandenburgs erschließen. Uns ist hohe Mobilität für alle wichtig. Dazu werden wir in den ländlichen Regionen neue Instrumente entwickeln, damit die Menschen dort auch in Zukunft mobil sein können. Das System der Rufbusse hat sich an einigen Stellen bereits bewährt und wird weiter ausgebaut. So bleiben Alt und Jung, Familien und Singles auch im ländlichen Raum mobil, während die Kosten für die öffentliche Hand begrenzt werden können.

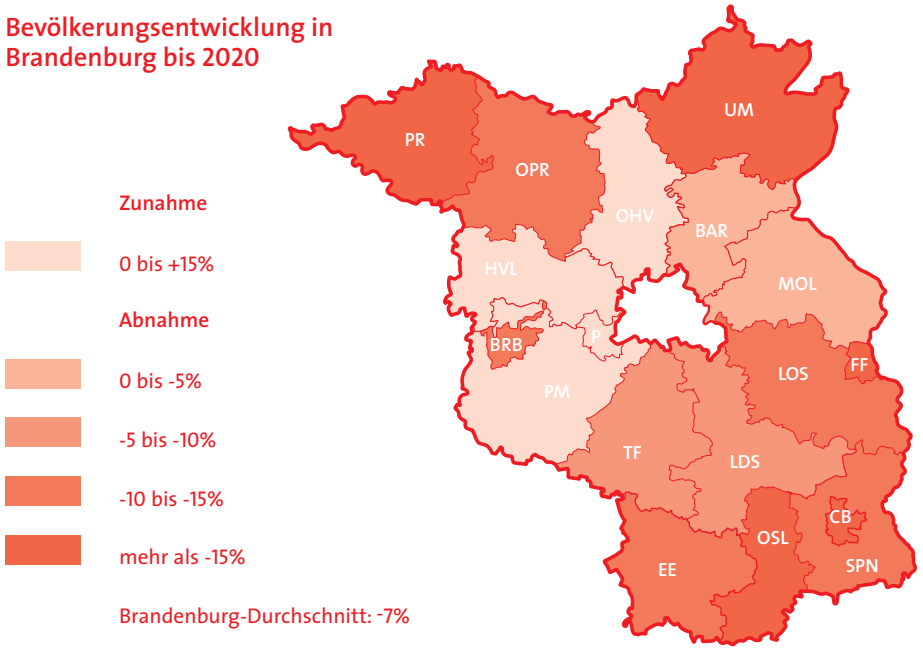
Neuer Flughafen schafft neue Jobs

Ein zentraler Baustein der Standortpolitik wird der Ausbau des Flughafens Schönefeld sein. Dies ist das zentrale Infrastrukturprojekt von Brandenburg, Berlin und dem Bund für die nächsten Jahre. Eine Inbetriebnahme im Jahr 2010 ist realistisch. Der Flughafen ist nicht nur wichtig als Verbindung Brandenburgs mit Europa und der Welt. Er stärkt die in Brandenburg ansässige Luftfahrtbranche, die mit bedeutenden Triebwerkherstellern sowie Wartungs- und Serviceunternehmen, einer Fachhochschule, Zulieferern und vielen anderen Unternehmen und Institutionen ein wichtiges Standbein von Brandenburgs Wirtschaft geworden ist. Rolls-Royce in Dahlewitz mit 1.200 und MTU in Ludwigsfelde mit 600 Beschäftigten stehen für den Erfolg dieser Branche. Der neue Flughafen wird eine große Zahl von Arbeitsplätzen in der Region schaffen.

Kosten sparen durch kleinräumige Entsorgungssysteme

Viel ist in den letzten Jahren bei der kommunalen Infrastruktur geleistet worden. 95% der Brandenburger Haushalte verfügen heute über einen Trinkwasseranschluss, 78% sind an das Abwassersystem angeschlossen. Wir befürworten auch in Zukunft den dezentralen Einsatz von Abwasserentsorgungssytemen. Insbesondere im ländlichen Raum ist dies die Kosten sparendere Variante.

Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg bis 2020



(Quelle: LDS Brandenburg)

Stadt- und Dorfentwicklung: nachhaltig und sozial.

Wir wollen die Ortskerne stärken und dort lebenswerte Zentren schaffen – mit den Wirtschaftsverbänden gibt es bereits gemeinsame Initiativen zur Stärkung der Innenstädte. Die Kommunen sollen sich von innen nach außen entwickeln, Innenstädte und Ortskerne sollen attraktiver werden. So soll es beispielsweise in Zukunft keine Genehmigungen mehr für Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ geben. Die Förderpolitik des Landes soll vernetztes Denken belohnen. Gerade in den Städten im ländlichen Raum sollen lebendige Ortszentren um Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen und Seniorenclubs, Behörden und Gemeindeverwaltung herum entstehen. Dazu zählt auch eine kreisübergreifende Schulnetzplanung. Die Zusammenarbeit solcher Einrichtungen kann Synergien schaffen und Geld sparen. Bei der Stadtentwicklung soll der Grundsatz gelten: Umbau vor Neubau. Bauten der öffentlichen Hand haben dabei eine Vorbildfunktion.

Die Jugendvereine und -verbände sowie die freien Träger der Jugendarbeit zählen zu den Aktivposten in unserem Land. In ihnen engagieren sich junge Leute ehrenamtlich für sich und andere. Wir werden diese Vereine und Verbände weiterhin entsprechend unseren Möglichkeiten fördern und unterstützen, denn sie bieten jungen Menschen ein Stück Heimat. Mit dem 610-Stellen-Programm hat die Landesregierung die Qualität der Jugendarbeit auf ein hohes Niveau geführt und die Trägerstrukturen stabilisiert. An diesem erfolgreichen Programm werden wir festhalten.

Kultur belebt das Land

Kultur ist das Salz in der Suppe. Ob Kino, Konzert, Theater oder Volksfest – kulturelle Veranstaltungen bereichern unser Leben und sind Treffpunkte für Jung und Alt. Die Erfolge des Brandenburg-Tages oder der Potsdamer Schlössernacht zeugen davon. Um die vielen kleinen Kulturstätten, Museen, Parks, Kirchen, Burgen und Denkmäler bekannter zu machen, wollen wir ab 2006 einen „Tag der Brandenburger Kultur“ einrichten. An diesem Tag soll 24 Stunden lang Kultur und Historie Brandenburgs erlebbar werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Theater, Orchester und anderen Kultureinrichtungen im Land in ihrer Existenz gesichert werden.

Die Brandenburger Sozialdemokraten unterstützen die Bewerbung Potsdams als Europäische Kulturhauptstadt 2010 und werden dafür sorgen, dass das ganze Land in das Kulturjahr einbezogen wird.

Pionierarbeit bei Umgestaltung unserer Kommunen

Den Umbau von Städten und Gemeinden unter der Bedingung älter werdender und zahlenmäßig schrumpfender Bevölkerung ist eine Aufgabe, die historisch nahezu einmalig ist. Brandenburg leistet hier internationale Pionierarbeit. Die Erfahrungen bei der Umwandlung schrumpfender Kommunen in „kreative Kommunen“ sollen stärker ausgewertet werden.

Mit der Landesgartenschau hat das Land ein Instrument geschaffen, das hilft, alte Industrieflächen wieder zu gewinnen und in attraktive Erholungs- und Wohngebiete zu verwandeln. In Zukunft soll es mindestens alle vier Jahre eine Landesgartenschau geben.

In vielen Regionen Brandenburgs ist der Wohnungsleerstand in den letzten Jahren stark angestiegen. Darunter leiden nicht nur das Aussehen und das Image der Orte, auch viele Wohnungsunternehmen laufen Gefahr, in eine Schieflage zu geraten. Die Bundesregierung hat darauf bereits mit dem Programm „Stadtumbau Ost“ reagiert, dessen Umsetzung in Brandenburg bereits seit 2001 auch mit Einsatz von Landesgeld erfolgreich angelaufen ist. Wir werden an der Revitalisierung der Innenstädte weiter arbeiten – sie sollen Lebensmittelpunkt mit Geschäftsleben, mittelständischem Einzelhandel und Dienstleistern, mit Inseln der Kultur und Erholung sein. Wir setzen uns dafür ein, die Mittel für den Stadtumbau zu verstetigen.

Der Abriss von leer stehenden Häusern ist städtebaulich und wohnungswirtschaftlich notwendig. Der schmerzhafte Schrumpfungsprozess der Städte muss weiter gesteuert werden. Der Aufwertung der Städte kommt dabei als zweiter Säule des Stadtumbaus besondere Bedeutung zu, um die Städte attraktiv zu halten.

Kein Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide

Die Region zwischen Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin hat sich zu einer der erfolgreichsten Tourismusregionen Brandenburgs entwickelt. Diese Entwicklung wird durch die

Städtebauförderung in Brandenburg

(Quelle: MSWV 2004)

Errichtung des Bombodroms gefährdet. Die Brandenburger Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, dass kein Truppenübungsplatzes in der Prignitz und dem Ruppiner Land errichtet wird. Diese strukturschwache Region muss sich wirtschaftlich entwickeln dürfen – das Bombodrom würde diese Perspektive verbauen, Touristen und Investoren abschrecken. Die Menschen brauchen nach 15 Jahren endlich Klarheit – und die Perspektive einer friedlichen Nutzung ihrer Heimat.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum neu organisieren

Die älter und weniger werdende Bevölkerung in den ländlichen Regionen verlangt neue Antworten auch in der sozialen Infrastruktur. So muss beispielsweise die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum neu und patientenfreundlich organisiert werden. Dazu sollen medizinische und pflegerische Angebote stärker miteinander verbunden werden. Die lokale ambulante Versorgung muss weiterhin sichergestellt sein. Mit den Gesundheitszentren hat Brandenburg bereits in den 1990er Jahren auf Initiative von Regine Hildebrandt Einrichtungen geschaffen, die nun auch in der gesamten Bundesrepublik als Vorbild dienen. Mit kleinen Zweigstellen (Ambulatorien) soll die Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum sichergestellt werden.

Mit Blick auf den Ärztemangel im ländlichen Raum soll die 100%ige Einkommensangleichung der Ärzte in den ländlichen Regionen schneller umgesetzt werden. Unser Ziel ist eine enge Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Das Land wird sich dafür bei den Kassen und den kassenärztlichen Vereinigungen stark machen.

Landwirtschaft, Energie und Umwelt verknüpfen

Brandenburg hat eine starke Landwirtschaft. Wir treten für eine sinnvolle soziale, ökonomisch und ökologisch gerechtfertigte Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ein, bei der den Regionen größere Gestaltungsspielräume eingeräumt werden.

Landwirte haben als erstes Glied in der Kette der Ernährungswirtschaft eine besondere Verantwortung. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Landwirte, Lebensmittel und Futtermittel verarbeitender Betriebe, die Lagerhalter und Händler auf eine „gläserne Produktion“ verpflichtet werden. Daneben

fördern wir den Verbraucherschutz und stärken die Verbraucherbildung.

Mit einem Anteil von über 8% der landwirtschaftlich genutzten Fläche liegt der ökologische Landbau in Brandenburg weit über dem Bundesdurchschnitt. In den letzten Jahren wurden große Anstrengungen unternommen, die Vermarktung ökologisch hergestellter Produkte aus der Region zu organisieren. Diesen Weg setzen wir fort. Für die Kita- und Schulspeisung sollen verstärkt Öko-Produkte aus Brandenburg eingesetzt werden. Für die Öko-Produkte wirkt dies wie ein Markteinführungsprogramm und macht die Produkte insgesamt billiger.

Umwelt- und Naturschutz mit den Bürgern organisieren

Natur und Umwelt sind zentrale Standortfaktoren in Brandenburg. Wir wollen eine nachhaltige Nutzung der Naturgüter erreichen. Ein aktiver Natur- und Umweltschutz ist die Voraussetzung für attraktiven und hochwertigen Tourismus. Die unberührte und reizvolle Brandenburger Natur und Landschaft bieten dem Tourismus noch nicht erschlossene Entwicklungspotentiale. Gerade im ländlichen Raum können dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden. Dementsprechend wollen wir das vorbildliche Brandenburger System der Großschutzgebiete wirkungsvoll ausgestalten.

Energiesektor ist Zukunftssektor

Die Energiewirtschaft ist ein wichtiger Industriezweig in Brandenburg, in dem über 15.000 Menschen Lohn und Brot finden. Dafür stehen unter anderem verlässliche und starke Partner wie e.dis und Vattenfall in der Lausitz. Die Braunkohle ist ein subventionsfreier, national wie international wettbewerbsfähiger Energieträger. Sie wird auch in Zukunft einen wichtigen Anteil an der Energieversorgung haben. Die Brandenburger Kraftwerke in Jänschwalde und Schwarze Pumpe sind Beispiele für moderne Kraftwerkstechnologie. Die Braunkohle stellt für das Brandenburger Energieszenario einen festen Faktor dar. Daran wird sich auch in den kommenden Jahren nichts ändern.

Bis 2007 werden in Ostdeutschland noch einmal € 1,5 Milliarden – die Hälfte davon in Brandenburg – in die Rekultivierung der Braunkohlelandschaft investiert. So werden reizvolle Seen gestaltet und alte Standorte für neue Nutzungen vorbereitet. Damit werden so die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze geschaffen.

Auch die regenerativen Energien bergen ein großes Wachstumspotential. Bei der Errichtung von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien zwischen 1991 und 2000 war Brandenburg unter den Bundesländern führend. Jüngste Fortschritte sind in Schwanebeck eine der größten und modernsten Deponiegasverwertungsanlagen Europas und in Geesow das größte Solarfeld Ostdeutschlands.

Der Energiesektor schafft viele Arbeitsplätze. Brandenburg ist mittlerweile der größte Biodiesel-Produzent Deutschlands. Europas größter Hersteller von Windkraftanlagen Vestas hat in Lauchhammer 400 Arbeitsplätze geschaffen und einen zukunftsträchtigen Industriezweig gestärkt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die baurechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen haben dazu beigetragen, dass auch in Brandenburg in den zurück liegenden Jahren eine Vielzahl von Windparks entstanden ist. In Zukunft ist es erforderlich, eine noch effektivere räumliche Steuerung zu erreichen, mit dem Ziel, die Windkraftanlagen auf dafür geeignete Standorte zu konzentrieren.

Der Spreewald ist in ganz Deutschland bekannt für seine Gurken.

Viele Entwicklungsansätze im ländlichen Raum sind möglich. Klassische Landwirtschaft ist nur einer davon. Für die Landwirte ist die Energie- und Rohstofferzeugung ein neues Geschäftsfeld. Der Landwirt als Energiewirt ist bereits Wirklichkeit – und für viele weitere eine reale Alternative. Die Nutzung von Biomasse oder Geothermie steht erst am Anfang und wird von uns unterstützt.

In enger Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen lassen sich neue Geschäftsfelder bei den erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung erschließen und neue Arbeitsplätze schaffen. Die öffentlichen Einrichtungen sollen über Drittfinanzierungsmodelle (Contracting) ihrer Vorbildrolle gerecht werden und mit modernen Energieversorgungsanlagen ausgestattet werden.

Das kann bis zu 30% Energie sparen – und schont damit die Umwelt und die öffentlichen Haushalte. Die Chancen von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung sollen an den Schulen stärker vermittelt und unterstützt werden. Die Photovoltaik soll nicht nur theoretisch sondern auch praktisch in der Schule stattfinden – dies spart den Schulen Geld und verknüpft Bildung mit der Praxis.

5. Sicherheit und Vertrauen stärken. Verwaltung vereinfachen.

Sicherheitspartnerschaft mit den Bürgern

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten für ihren Schutz eine im Bedarfsfall schnell eingreifende Polizei mit hoher Präsenz vor Ort. Insbesondere für ältere Menschen und Frauen sind Fragen der öffentlichen Sicherheit von großer Bedeutung. Sichtbare Polizei durch mehr Fußstreifen erhöht die Sicherheit. „Mehr Grün auf die Straße“ war deshalb für die SPD in Brandenburg seit der Wende eine wichtige Forderung und ist für die Gegenwart eine weiter bestehende Aufgabe.

Die Polizei ist zuständig für die Gefahrenabwehr, den Schutz der Bürger, vor allem auch bei der Alltagskriminalität. Wir fördern den Einsatz von Polizisten im Ruhestand als Präventionsbeauftragte, die ehrenamtlich in Seniorenheimen, Krankenhäusern, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen Aufklärung zur Vermeidung von Alltagskriminalität betreiben. Wir setzen uns dafür ein, "Angsträume" in öffentlichen Bereichen zu beseitigen. Schon im Planungs- und Bauprozess im öffentlichen Raum muss dies berücksichtigt werden.

Die Sorgen der Bevölkerung vor steigender Kriminalität im Gefolge der EU-Osterweiterung nehmen wir sehr ernst. Grenzüberschreitende Kriminalität muss durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit bekämpft werden. Wir werden daher die bereits gute Zusammenarbeit mit den polnischen Polizeibehörden intensivieren und weiter ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, eine gemeinsame deutsch-polnische Polizeidienststelle in Frankfurt (Oder) einzurichten.

Die Bekämpfung des Zigaretten-, Drogen- und Warenschmuggels muss in enger Koordination mit der Polizei und dem Bundesgrenzschutz stattfinden. Diese notwendige Zusammenarbeit werden wir zusammen mit dem Bund institutionalisieren.

Das Verkehrsaufkommen wird nach der Erweiterung der EU deutlich ansteigen. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und den polnischen Behörden. Wir setzen uns beim Bund für den Abschluss eines Vollstreckungsabkommens zwischen Polen und Deutschland ein, um beispielsweise wechselseitig Verkehrssünder für Übertre-

tungen schnell zur Rechenschaft ziehen zu können und so auch einen vorbeugenden Beitrag zur Verkehrssicherheit zu leisten.

Wir werden die Bekämpfung der Internetkriminalität und der Kinderpornografie, beides Bereiche mit hoher Dunkelziffer, intensivieren. Wir fordern in diesem Zusammenhang den Einsatz von Ermittlern mit weit reichenden Zuständigkeiten.

Polizeistrukturen weiter modernisieren

Die von der Landesregierung durchgeführte Polizeireform in Brandenburg bewerten wir im Grund positiv. Doch im Vergleich zu den alten finanzschwachen Bundesländern leistet sich Brandenburg eine zu große Polizeiverwaltung.

- Wir wollen die Strukturen straffen, die Verwaltung vereinfachen und Verwaltungsstellen abbauen. Durch eine enge Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei sollen Einsparpotenziale erschlossen werden.

- Die Beobachtung extremistischer Vereinigungen muss streng nach Recht und Gesetz erfolgen. Der Verfassungsschutz von Berlin und Brandenburg soll zusammengeführt werden.

- Gemeinsam mit dem Bund und dem Land Berlin werden wir die Sicherheitsarchitektur im Raum Berlin-Brandenburg gestalten, Synergieeffekte suchen und nutzen sowie das vorhandene Personal der Polizeien noch effizienter einsetzen. Gemeinsames Arbeiten in Schwerpunktbereichen der Kriminalitätsbekämpfung durch Projekte, in koordinierten Fahndungen und gemeinsamen Ermittlungsgruppen sind für uns der Ansatz, gegen immer professioneller operierende Kriminelle erfolgreich vorzugehen.

- Die Arbeitsbedingungen und Kompetenzen der Autobahnpolizei müssen überprüft werden. Verkehrsüberwachungsmaßnahmen mit Bußgeldverhängungen sind nicht ausreichend, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Trotz rückläufiger Unfallzahlen braucht Brandenburg dringend mehr Präventionsmaßnahmen, die Bundes- und Landesstraßen mit dem höchsten Unfallrisiko in den Mittelpunkt rücken.

Aktionsbündnisse für Toleranz stärken

Brandenburg ist ein weltoffenes Land. Mitten in Europa gelegen, können wir uns nicht anders definieren – und wollen dies angesichts unserer Geschichte auch nicht. Ein tolerantes Brandenburg, das sich gegen Fremdenfeindlichkeit, für gelebte Gastfreundschaft und gute Zusammenarbeit mit seinen neuen Nachbarn in Europa ausspricht, entspricht einem modernen gesellschaftlichen Selbstverständnis und ist unser Leitbild für Sicherheit und Vertrauen im öffentlichen Leben. Mit dem Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg erteilt Brandenburg jeder Form der Gewalt eine klare und eindeutige Absage.

Eine von vielen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg

Mit dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aus Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Jugendorganisationen und anderen haben wir in Brandenburg eine breite Basis für ein Engagement für Toleranz und Akzeptanz. Die Aktionsbündnisse zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Intoleranz und Diskriminierung müssen besser koordiniert und stärker unterstützt werden. Die Bekämpfung des gewalttätigen Rechtsextremismus und gewaltbereiter Gruppen bleibt – trotz vorzeigbarer Erfolge – weiterhin eine vorrangige polizeiliche Aufgabe im Bereich der inneren Sicherheit. Politisch motivierte Kriminalität muss weiterhin mit besonderen Einsatzgruppen bekämpft werden. Wir werden die Gewaltprävention weiter entwickeln.

Die Arbeit der Mobilen Einsatzgruppe gegen Ausländerfeindlichkeit (MEGA) hat sich bewährt. Entscheidend aber ist bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Nationalis-

mus, Antisemitismus und Rechtsextremismus die Haltung der gesamten Bevölkerung. Wir werden nicht nachlassen, den Kampf gegen jede Form des Extremismus auch weiterhin zu unterstützen.

Rechtsextremistische Umtriebe bedrohen nach wie vor das friedliche Zusammenleben in Brandenburg. Versuche, unser Land abzuschotten und Fremde auszugrenzen, sind gegen unsere elementaren Zukunftsinteressen gerichtet und beschädigen auch den Wirtschaftsstandort Brandenburg.

Brandenburg braucht eine Härtefallkommission

Menschen, die Opfer von Gewalt und Verbrechen werden, brauchen unsere Hilfe. Wir unterstützen daher auch in Zukunft Initiativen und Maßnahmen, die den Opferschutz verbessern.

Wir setzen uns für die Einrichtung einer ständigen Härtefallkommission für Flüchtlinge ein. Gesetze haben keinen Eigenzweck, sie sind für die Menschen da und müssen komplizierten Bedingungen und Verhältnissen gerecht werden.

Hart gegen Kriminalität, hart gegen ihre Ursachen

Gemeinsam wollen wir erreichen, dass sich die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger im Lande spürbar verbessern. Neben den notwendigen polizeilichen Maßnahmen werden wir vor allem auch die Kommunen aktiv bei ihren Initiativen zur Kriminalitätsbekämpfung und Präventionsarbeit unterstützen. Wir werden das System der Sicherheitspartnerschaften weiter ausbauen.

Wir werden den Kampf gegen die Betäubungsmittelkriminalität verstärken. Ein wichtiger Beitrag ist hierbei die Verbesserung der Drogen- und Gewaltprävention an den Schulen. Wir lehnen allerdings einen Blick auf unsere Kinder ab, der in ihnen vor allem die potenziellen Straftäter sieht, die beizeiten mit Ausgehverboten und mit Überwachungsmaßnahmen wie Fußfesseln in Schach gehalten werden müssen. Gewalt an Schulen und dem Problem der Schulverweigerung muss zuallererst pädagogisch begegnet werden. Für relevante Straftatbestände sind die bestehenden gesetzlichen Regelungen ausreichend. Jede Initiative, die dem Motto „Schwitzen statt Sitzen“ folgt und Jugendliche für Fehlverhalten und kleinkriminelle Taten zu gemeinnützigen Tätigkeiten verurteilt, statt sie vorschnell in Jugendarrest zu schicken, findet unsere Unterstützung.

Innere Sicherheit geht uns alle an

Eine gut ausgestattete und ausgebildete Polizei und eine effiziente Strafjustiz sind für eine konsequente Kriminalitätsbekämpfung unerlässlich. Die Privatisierung polizeilicher Aufgaben in den Kernbereichen des Staates lehnen wir ab. Die innere Sicherheit zu gewährleisten ist eine öffentliche Angelegenheit und bleibt die Aufgabe der Polizei. Es spricht andererseits nichts dagegen, wenn wir alle uns aufmerksamer um Nachbarn und unsere Mitmenschen kümmern. Zivilcourage, Opfern beizustehen, sich im Ernstfall unter Einhaltung der Sicherheitsregeln einzumischen und nicht wegzusehen ist eine vornehme Bürgerpflicht.

Justiz stärken

Der demokratische und soziale Rechtsstaat des 21. Jahrhunderts ist nach unserem Verständnis Partner seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Justiz muss Dienstleister sein. Sie soll Grundrechte und Freiheit der Menschen schützen und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten.

Neben der weiteren Überprüfung und Vereinfachung von Vorschriften, werden wir unseren Bürgerinnen und Bürgern einen hohen Standard an Beteiligung und Rechtsschutz gewähren. Dazu gehört neben der besseren Transparenz der Gesetzgebung auch eine größere Offenheit in den Verwaltungsverfahren. Diese müssen schnell, effizient und nachvollziehbar sein. Einfache E-mail-Auskünfte sollen ohne digitale Signatur möglich sein. Wir werden unnötige Formularzwänge abschaffen.

Gerichte sind die Garanten unsere freiheitlichen und sozialen Gemeinschaft. Der Rechtsschutz auch gegenüber öffentlicher Gewalt durch unabhängige Richterinnen und Richter muss effizient und zeitnah sein. Um die Dienstleistungsfunktion der Gerichte

sicherzustellen werden wir sie mit dem erforderlichen Personal und Sachmitteln ausstatten. Brandenburg soll eine Spitzenstellung im elektronischen Rechtsverkehr erlangen. So können Verfahren beschleunigt und Gerichte entlastet werden.

Berlin und Brandenburg

Berlin und Brandenburg bilden eine gemeinsame Region, die in einem größeren Europa den sich verschärfenden Wettbewerb der Regionen gemeinsam bestehen muss. Für ein gemeinsames Land ergäben sich viele Vorteile. Die Fusion zweier kleiner Länder zu einem mittleren verbessert zweifellos die Wettbewerbschancen.

Zu den unverzichtbaren Voraussetzungen für die Bildung eines gemeinsamen Landes zählt, vorhandene Befürchtungen in der Bevölkerung nicht zu übergehen. Politik muss die vorhandenen Ängste redlich und ehrlich aufnehmen. Wir wollen die Menschen nicht überfordern, sondern mitnehmen. Erst wenn erkennbar ist, dass beide Länder – Berlin und Brandenburg – von einem gemeinsamen Bundesland profitieren, wird sich die Fusion wie selbstverständlich anbieten und eine Tat von selbstbewussten Partnern sein.

Fusion nur mit Volksabstimmung

Eine eigene positive Zukunftserwartung in Brandenburg ist unverzichtbar. Ganz nebenbei erleichtert diese auch eine Fusion außerordentlich. Wir arbeiten daran, Brandenburg eine eigenständige Entwicklungsperspektive als Land zu sichern, damit die Bürger auf einer gesicherten Grundlage entscheiden können, ob ein gemeinsames Land mit Berlin gebildet werden sollte.

Wie in der Brandenburger Verfassung vorgesehen, wird das Volk die letzte Entscheidung haben. Vor einer möglichen neuen Volksabstimmung muss auf jeden Fall die Klage Berlins gegen den Bund, Entschuldungshilfe zu leisten, für Berlin positiv entschieden sein. Es muss darüber hinaus gesichert sein, dass ein gemeinsames Land infolge der Vereinigung bis 2020 nicht weniger Bundesmittel und Mittel aus dem Länderfinanzausgleich erhält als zuvor.

Zusammenarbeit der Behörden verbessern

Die kommenden Jahre lassen sich jedoch nutzen, um die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg weiter zu verbessern. An vielen Stellen ist dies sinnvoll und Kosten sparend. So ist der Brandenburger Landwirtschaftsminister jetzt auch für Berlin zuständig. Unser Ziel ist, dass die Polizei in Berlin und Brandenburg enger als bisher kooperieren. Landesbehörden sollen in Zukunft enger zusammenarbeiten. Die Statistischen Landesämter, aber auch Strafvollzug, Straßenbauverwaltung, fachtechnische Dienstleistungen sollen in den nächsten Jahren fusioniert werden. Durch diese Kooperationen wachsen die Gemeinsamkeiten und auch die Grundlagen für eine weitere Zusammenarbeit der beiden Länder.

Eine enge Abstimmung in der Forschungs- und Wissenschaftspolitik soll das eigenständige Profil der Berliner und Brandenburger Universitäten stärken und unnötige Doppelungen bei Ausbildungsgängen vermeiden. Mit einer gemeinsamen Initiative von Berlin und Brandenburg soll der Großraum Berlin als Medienstandort und Biotechnologieregion gestärkt werden.

Kreishaus Rathenow

Verwaltungsreform weiterentwickeln

Die Verwaltung des Landes muss an hohen Ansprüchen gemessen werden. Wenn im Land Innovationsgeist und Kreativität, Courage und Tatkraft herrschen sollen, muss die Verwaltung mit gutem Beispiel voran gehen. Deshalb wollen wir den „schnellen und innovativen Staat“. Wir wollen Bearbeitungszeiten in Behörden deutlich verkürzen. Die Verwaltung soll auf die Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmerinnen

und Unternehmern ausgerichtet werden. Unnötige Regularien sollen abgeschafft werden. Um die Eigenverantwortung der Kommunen zu stärken, sind eine Verringerung der Regelungsdichte und sowie der Abbau von Normen und Standards erforderlich. Der Staat selbst muss mit Kostenbewusstsein, Effizienz und Sparsamkeit überzeugen. Auf diesem Weg lassen sich neue Ressourcen erschließen, die wir für eine zielgerichtete Wirtschafts-, Familien- und Bildungspolitik einsetzen können.

Wir haben ein Finanzausgleichsgesetz, das die Verteilung der Finanzmittel zwischen Land und Kommunen systematisch neu regelt. Zweckgebundene Zuweisungen sollen so weit wie möglich aufgelöst und den freien Zuweisungen zugeführt werden. Zur Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung und der Aufgabenerfüllung für die Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen und Kommunen unseres Landes wird mit dem Finanzausgleichsgesetz eine zweckmäßigere Verteilung der Verbundmasse an die Kreise und Gemeinden verankert.

Mehr Bürgerfreundlichkeit in der Verwaltung

Die Bürger sollen sich in Zukunft mit ihren Fragen an eine zentrale Servicestelle für alle Ministerien und die Staatskanzlei wenden können. Dazu richten wir eine einheitliche Telefonnummer und E-mail-Adresse ein, wo alle gewünschten Informationen abgefordert werden können.

Wir wollen die Verwaltung als leistungsbezogene Serviceeinrichtung gestalten, die für die Bürgerinnen und Bürger da ist. Die Verwaltung soll schnell, reaktionsfreudig und schlank sein. Dafür werden wir einen Kodex für Dienstleistungsqualität und Kundenfreundlichkeit einführen, die den Bürger in den Mittelpunkt stellt. Der Ausschuss für Verwaltungsoptimierung der Staatskanzlei evaluiert alle Landesbehörden und -einrichtungen. Dabei stehen die Fragen im Mittelpunkt, was nötig ist und wie es besser und einfacher organisiert werden kann. So werden bereits die Flurneuordnungsämter in das Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft integriert, die Immissionsschutzämter in das Landesumweltamt eingegliedert. Privatisierungsmöglichkeiten sollen geprüft werden. Die Verwaltung öffentlicher Liegenschaften und

Baumaßnahmen ist keine Hoheitsaufgabe des Staates und kann deshalb privatrechtlich organisiert werden.

Wir streben eine Reform des Dienstrechtes für Landesbedienstete an, für Angestellte und Beamte soll ein einheitliches Dienstrecht gelten. So sollen in Zukunft nur die hoheitlichen Kernaufgaben des Staates von Beamten wahrgenommen werden. Wir werden die Altersversorgung der Landtagsabgeordneten reformieren.

Verwaltungsterminals vor Ort einrichten

Wir wollen dezentrale Bürgerserviceeinrichtungen vor Ort einrichten, so dass Wege zum Amt verkürzt werden. Die schnelle Einführung der elektronischen Verwaltung ist dafür Voraussetzung. Wir wollen Verwaltungsterminals in möglichst vielen Orten, die beispielsweise in Postagenturen aufgestellt werden können.

Mit uns lebt Europa

Die Brandenburger Sozialdemokraten sind überzeugte Europäer. Wir begrüßen uneingeschränkt die Erweiterung der Europäischen Union und freuen uns vor allem über unsere neuen EU-Mitglieder in unmittelbarer und naher Nachbarschaft. Gemeinsam haben wir eine Perspektive, der Region zu größerem Wohlstand, wirtschaftlicher Stabilität, Wachstum und sozialer Sicherheit zu verhelfen.

Brandenburg hat von der europäischen Strukturförderung erheblich profitiert. Mit EU-Fördermitteln sind Betriebe angesiedelt worden, wurden öffentliche Gebäude saniert, Stadt- und Dorfentwicklung gefördert, Weiterbildung und Umschulung finanziert. Im öffentlichen Raum sind die Verbesserungen für jeden sichtbar. Aber vieles bleibt noch zu tun. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, dass die zukünftige Strukturförderung für Brandenburg nicht – statistisch verursacht – zurückgefahren wird. Der Beitritt deutlich ärmerer Regionen in den neuen Mitgliedsländern der EU darf nicht zum Verlust der Förderung unserer strukturschwachen Regionen im Land führen.

Die Grenzen in Europa werden durchlässiger und verschwinden immer mehr. Ein zusammen wachsendes Europa braucht mehr Mitentscheidungsrechte für seine Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische Verfassung und ein mit allen demokratischen Rechten legitimiertes Parlament bilden die Basis für ein friedliches und in Wohlstand und Sicherheit lebendes Europa. Deswegen wollen wir ein starkes Europäisches Parlament.

Europa stärkt Brandenburg. Brandenburg macht sich stark für Europa.

Unser Brandenburg 2020.

Die erste Phase des Aufbaus in Brandenburg ist abgeschlossen. Jetzt ist es Zeit für eine neue Strategie – eine Entwicklung, die Perspektiven schafft für alle Bürger in unserem Land. Für Männer und Frauen, Kinder und Ältere. Brandenburg soll ein Land für gute Arbeit sein – und Heimat für gute Ideen. Das ist nicht von heute auf morgen zu schaffen, vor uns liegen viele einzelne Schritte.

Mit dem Solidarpakt II sind die Finanztransfers nach Brandenburg bis 2019 festgeschrieben. Damit ist die Zeit abgesteckt, bis unser Land wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen muss. Deshalb müssen wir jetzt das Fundament für die Zukunft Brandenburgs legen – in unseren Kindertagesstätten, in unseren Schulen, in unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Und in unseren Unternehmen. Überall in unserem Land gibt es schon heute vielfältige Erfahrung und neue Ideen – wir wollen sie für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger nutzbar machen.

Die wichtigsten Voraussetzungen für eine lebens- und liebenswerte Heimat sind gute Arbeitsplätze und anständige Löhne. Dafür müssen Unternehmen die Chance haben, hervorragende Produkte auf den Markt zu bringen und neue Märkte zu erschließen. Deshalb brauchen wir eine einwandfrei funktionierende Infrastruktur, eine leistungsfähige Verwaltung und erstklassig ausgebildete Fachkräfte. Wir brauchen zeitgemäße Betreuung und moderne Bildung für unsere Kinder. Unsere Schulen sollen zu Verantwortung und Kreativität erziehen.

Wir werden dafür sorgen, dass Brandenburg ein klar strukturiertes System von guten Schulen bekommt. Und wir werden noch intensiver daran arbeiten, dass unsere Hochschulen in innovativen Netzwerken eng mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Wirtschaft und Soziales auf produktive Weise mit Bildung und Forschung zu verschmelzen – das ist unser Ansatz, von dem alle Brandenburgerinnen und Brandenburger profitieren werden. So werden wir neue Arbeit erschließen und ein zukunftsträchtiges Land aufbauen. Ein attraktives Brandenburg für alle, die hier leben wollen.

Für die Zukunft unseres Landes gibt es keine Blaupausen, nur andere nachzuahmen ist nicht genug. Brandenburg soll ein Land der Kinder werden. Wir werden neue Spielräume schaffen, um in Kinder und Familien, in Schulen und Fachkräfte zu investieren, um Fantasie, Ideenreichtum und Gemeinsinn zu fördern. Wer den Namen Brandenburg hört, soll an Kinder- und Familienfreundlichkeit denken, an moderne Unternehmen und gute Schulen – nicht nur an Seen, Wälder und saubere Luft. Dort wollen wir hin. Aus eigener Kraft. Das ist unser Weg für Brandenburg.

Wenn Sie weitere Exemplare des Wahlprogramms oder Informationen über die Kandidaten der SPD zur Brandenburgwahl möchten, helfen wir Ihnen gerne.

Adresse:
SPD-Landesverband
Friedrich-Ebert-Straße 61
14469 Potsdam
Telefon: 0331-20 09 30
Fax: 0331-270 85 35
E-mail: info@spd-brandenburg.de
Internet: www.spd-brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Klaus Ness

Brandenburg

SPD

www.spd-brandenburg.de